

»Wolfgang, der Wein ist noch da.«

**Beiträge aus
25 Jahren
antifaschistischen
Engagements**

»Wolfgang, der
Wein ist noch da.«
Beiträge aus
25 Jahren
antifaschistischen
Engagements

»Wolfgang, der Wein ist noch da.«

Beiträge aus
25 Jahren
antifaschistischen
Engagements

Inhalt

VORWORT

»Wolfgang, der
Wein ist noch da.«

7

KAPITEL EINS

Solidarität nach dem Anschlag
auf die Erfurter Synagoge

12

KAPITEL ZWEI

Worum ging es
im Jahr 2001?

18

KAPITEL DREI

Kein Platz in Jena

24

KAPITEL VIER

Gemeinsam Neonazis
stoppen — Thüringer
im sächsischen Dresden

32

KAPITEL FÜNF

Zivilgesellschaftliche
Aufarbeitung und
Auseinandersetzung
mit dem NSU-Komplex

41

KAPITEL SECHS

»Hier muss was passieren ...«:
Proteste in Gera gegen
das »Rock für Deutschland«

50

KAPITEL SIEBEN

Zwanzig Jahre Bündnis
gegen Rechtsextremismus
Eisenach: »Wir machen das,
weil wir es müssen«

56

KAPITEL ACHT

Suhl gegen SÜGIDA:
Verantwortung übernehmen,
wenn es darauf ankommt

65

KAPITEL NEUN

Tage der Angst,
die Mut hervorbrachten

70

KAPITEL ZEHN

Wie man »Nie wieder«
praktisch umsetzt:
Mobilisierung nach der
Wahl Kemmerichs 2020

77

KAPITEL ELF

CORRECTIV-Demo in Erfurt:
Am Anfang einer Bewegung

85

KAPITEL ZWÖLF

Der Osten bleibt stabil:
Wir wi(e)dersetzen uns
dem AfD-Bundesparteitag
in Riesa!

93

KAPITEL DREIZEHN

Wenn die Politik versagt,
zählt Solidarität: »Wir alle
sind das BgR Weimar!«

100

KAPITEL VIERZEHN

Fünfundzwanzig Jahre MOBIT,
fünfunddreißig Jahre Ratschlag
— von einem antifaschistischen
Jubilar zum anderen

107

Wir widmen dieses Buch Wolfgang Nossen und Peter Zimmermann.

Vorwort

»Wolfgang, der Wein ist noch da.«

ES GIBT ZAHLREICHE Menschen, die MOBIT e.V. geprägt und dem Verein ein Gesicht gegeben haben. Vorsitzende, Vereinsmitglieder, das Team – sie alle machen die Mobile Beratung in Thüringen aus. Ein Mensch, den wir wie kaum jemand anderen mit dem Verein verbinden, ist Wolfgang Nossen. Es war sein Fenster, welches der Brandsatz auf die Synagoge am 20. April 2000 knapp verfehlte.

Er war 2001 einer der Gründer von MOBIT e.V. Sein Herz galt immer den Mitarbeiter*innen. Als MOBIT zehn Jahre alt wurde, schenkte er dem Team eine Flasche Wein: »Wenn wir die Nazis besiegt haben, dann trinken wir zusammen diese Flasche auf den Erfolg.« Diesen Tag

hat Wolfgang, der am 16. Februar 2019 im Alter von 88 Jahren verstorben ist, nicht mehr erlebt. Eben jene Flasche Wein wird seitdem in den Büroräumen der Mobilen Beratung gehütet wie ein Schatz. Die Geschichte, die sich dahinter verbirgt,

wird zusammen mit der Geschichte von Wolfgang – über den man ein eigenes Buch schreiben könnte – an jede*n neuen Mitarbeiter*in oder Praktikant*in weitergegeben. Nicht, weil wir wirklich damit rechnen, eines Tages auf den von Wolfgang ersehnten Erfolg anstoßen zu können, sondern weil wir wissen, wie wichtig es ist, dieses Ziel bei all den Widrigkeiten nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Geschichte von Wolfgang und der Flasche Wein ist eine Geschichte des Nicht-Aufgeben-Wollens. Weil wir wissen, wie wichtig gemeinsame Geschichten für das Weitermachen sind, widmen wir anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Mobilen Beratung in Thüringen dieses Buch einigen dieser

**»Wenn wir die Nazis
besiegt haben, dann
trinken wir zusammen
diese Flasche auf
den Erfolg.«**

Erzählungen und Erfahrungen, die sich bis heute im kollektiven Gedächtnis des demokratischen und antifaschistischen Engagements in Thüringen festgesetzt haben. Die Geschichten sind ein Beleg für die klare Haltung, Unerschrockenheit, den Mut und die Beharrlichkeit all jener Menschen, die sich in Thüringen dem Rechtsextremismus engagiert entgegenstellen – oft gegen Widerstände, manchmal gegen offene Anfeindungen, immer aber im festen Wissen um die Notwendigkeit.

Ein kurzer Blick zurück

Zu Beginn der 2000er-Jahre waren extrem rechte Gewalt und Ideologie auf den Straßen in Thüringen brutal und offensichtlich. Gleichzeitig war der politische und gesellschaftliche Umgang damit eher von Abwiegung und Desinteresse gekennzeichnet. Nur wenige Aktive benannten, was sich abspielte und was daraus erwachsen könne. Sie wurden zu oft allein gelassen und galten mitunter sogar als »Nestbeschmutzer«.

Für viele Engagierte war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar: Wegsehen und Schweigen sind keine Optionen.

Der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im April des Jahres 2000 markierte einen erschütternden Tiefpunkt.

Damit wurde unmissverständlich deutlich, dass antisemitischer Hass und extrem rechte Gewalt noch immer eine reale Bedrohung für Menschen und das demokratische Zusammenleben darstellten. Für viele Engagierte war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar: Wegsehen und Schweigen sind keine Optionen. Das war auch der Gründungsimpuls von und für MOBIT e.V.

Statt der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten dominierte bis dahin vielerorts eine Abgrenzung zum Antifaschismus. Er galt als »zu radikal«; Analysen wurden abgetan, Warnungen relativiert. Die Verbindung zwischen antifaschistischem Engagement und gesellschaft-

licher Mitte fehlte. Die notwendige gesellschaftliche und politische Unterstützung war brüchig. Und doch war es der Beginn einer gesellschaftlichen Entwicklung, die heute eine vielfältige, vernetzte Demokratiearbeit in Thüringen ausmacht.

In den folgenden Jahren wuchs dieses Engagement: Strukturen wurden professionalisiert, die Bildungsarbeit ausgebaut, Beratungsstellen gegründet, Bündnisse geschmiedet. MOBIT verstand sich von Beginn an als Unterstützung für alle, die vor Ort Verantwortung übernahmen: in Kommunen, Vereinen, Schulen oder Initiativen. Zuhören, analysieren, stärken: Dieser Ansatz prägt die Arbeit des Vereins bis heute.

Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und staatlichen Akteur*innen hat sich weiterentwickelt, sie blieb nicht ohne Konflikte. Aber diese Zusammenarbeit hat auch dazu geführt, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus differenzierter, präventiver und nachhaltiger werden konnte. Zugleich aber wandelte sich auch die extreme Rechte: Sie wurde strategischer, anschlussfähiger und verlagerte sich zunehmend in Parlamente und digitale Räume.

Heute sehen wir uns mit neuen komplexen Herausforderungen konfrontiert. Das Erstarken der in Thüringen als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD, ihre parlamentarische Präsenz und ihre gezielte Strategie der Delegitimierung demokratischer Institutionen haben das gesellschaftliche Klima spürbar verändert. Nichtregierungsorganisationen (NGO), Vereine und Bündnisse gegen Rechtsextremismus geraten zunehmend unter Druck. Heute wird das Engagement für Demokratie erneut infrage gestellt. Diesmal nicht nur von der Straße, sondern aus den Parlamenten. Mit Sorge sehen wir darüber hinaus Versuche, die Zivilgesellschaft zu spalten – in eine vermeintlich »gute« Seite und ein gefährliches, als undemokratisch abgestempeltes, antifaschistisches Spektrum. Für alle Demokrat*innen muss vielmehr klar sein, dass im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus alle Kräfte gebündelt werden müssen. Spaltung ist der falsche Weg!

Das Heute ist nicht vergleichbar mit den 2000ern

Auch wenn Bündnisse auf eine harte Probe gestellt werden: Sie halten, sind zahlreicher und in der Fläche aktiver geworden. Auch der öffentliche und politische Umgang mit der extremen Rechten ist inzwischen ein völlig anderer, und mit den staatlichen Programmen zur Stärkung der Demokratie finden Menschen, die Hilfe in ihrem Engagement suchen,

Für alle Demokrat*innen muss vielmehr klar sein, dass im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus alle Kräfte gebündelt werden müssen. Spaltung ist der falsche Weg!

Ansprechpartner*innen. Das ist keine selbstverständliche Entwicklung, sondern das Ergebnis langer Kämpfe und Aushandlungsprozesse und eine Errungenschaft, die verteidigt werden muss. Die letzten 25 Jahre zeigen vor

allem, dass eine aktive Zivilgesellschaft wirkt. Sie lernt, sie passt sich an, sie bleibt standhaft. Trotz Rückschlägen, trotz Einschüchterungen und Angriffen, trotz politischem Gegenwind. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, aber sie ist stark, wenn sich viele engagieren und sie dadurch verteidigen.

Die Geschichten in diesem Buch erzählen von Solidarität, von lokaler Verwurzelung und von der Kraft gemeinsamer Überzeugungen. Mögen diese Seiten Mut machen – all jenen, die sich heute und morgen für eine offene, vielfältige und menschenwürdige Gesellschaft einsetzen. Und eines Tages öffnen wir die Flasche Wein, für Wolfgang und uns alle.

Renate Sternatz — FÜR DEN VORSTAND

Romy Arnold — FÜR DAS TEAM

Der Vorstand wird aktuell vertreten durch (Stand: 1. Mai 2026): **Renate Sternatz** (DGB Hessen-Thüringen) · **Oleg Shevchenko** (Jüdische Landesgemeinde Thüringen) · **Christhard Wagner** (Evangelische Kirche Mitteldeutschland) · **Corinna Hersel** (ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) · **Matthias Sengewald** und **Jenny Rotter** (IG Metall Thüringen) · **Anne Tahirovic** (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft)

Solidarität nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge

Von **Reinhard Schramm** · Vorsitzender
der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen

AM 20. APRIL 2000 verübten drei Neonazis den Brandanschlag auf unsere Synagoge. Zu »Hitlers Geburtstag« sollte die Synagoge brennen. Gewalt trat damit an die Stelle von Beleidigungen und Bedrohungen.

Als der Brandsatz auf die Synagoge in Erfurt flog, befand ich mich selbst in unserem Kulturzentrum. Man kann nur von Glück reden, dass der Molotow-Cocktail um einen halben Meter das Fenster von Wolfgang Nossen verfehlte, der damals als Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen seine Wohnung in der Synagoge hatte.

Viele Menschen waren sehr schockiert. Wolfgang Nossen sagte jedoch sehr treffend: »Ich bin nicht sonderlich überrascht.« Er sprach vielen in Thüringen lebenden Jüdinnen und Juden aus der Seele. Wir hatten bereits erkannt, wie stark sich der Antisemitismus verbreitete. In den 90er-Jahren haben wir überall gesehen, dass die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden zunahm – nicht nur in den neuen Bundesländern, aber eben auch in Thüringen. Die sogenannten *Baseballschlägerjahre* haben auch hier dazu geführt, dass die Unsicherheit bei uns stark zugenommen hat. Und wir hatten in unserem Leben schon zu viel erlebt, als dass wir uns in Sicherheit wiegen würden. Unsere Forderung »Wehret den Anfängen!« hatte bereits seinen Sinn verloren. Die Anfänge waren längst überschritten.

Schon vor dem Brandanschlag wurden Schweineköpfe auf das Gelände der Synagoge geworfen und rechte Parolen gebrüllt. Und doch wurde der Brandanschlag zunächst der linken Szene zugeordnet. Der Verfassungsschutz zeigte sich später völlig erstaunt angesichts der tatsächlichen Hintergründe des Täters. Der Spiegel titelte einen Artikel zum Brandanschlag mit »Auffällige Blindheit«¹. Das trifft erstaunlich gut die damaligen Zustände. Da wirft ein junger Mann, der einen NPD-Mitgliedsausweis zu Hause liegen hat und außerdem aktiv beim Bündnis Deutscher Patrioten war, einen Brandsatz auf eine Synagoge. Es gibt sogar ein Bekenner-schreiben inklusive rechtsextremer Grußformel, in dem gesagt wird: Der »Anschlag basiert auf rein antisemitischer Ebene«. Und die Ermittlungsbehörden suchen die Täter in der linken Szene? Heute wissen wir, wie sehr der damalige Verfassungsschutzchef Helmut Roewer mit rechtem Gedankengut sympathisiert und auch bei der im November 2025 in Halle organisierten rechten Buchmesse als prominenter Gast auftrat.²

Als die Nazis 1938 unsere Synagogen anzündeten, gab es kaum Solidarität mit den jüdischen Nachbarn. Im April des Jahres 2000 war die Solidarität der Thüringer Bevölkerung überwältigend. Die Demokratinnen und Demokraten verstärkten ihren Kampf gegen Antisemitismus. Nachdem der Brandsatz die Synagoge traf, sind sehr schnell Anwohnerinnen und Anwohner gekommen und haben den Brand gelöscht. Das war nicht selbstverständlich mitten in der Nacht. Die Leute waren aufmerksam und haben nicht weggeschaut.

Unsere Forderung »Wehret den Anfängen!« hatte bereits ihren Sinn verloren. Die Anfänge waren längst überschritten.

¹ <https://www.spiegel.de/politik/auffaellige-blindheit-a-f4cb24e4-0002-0001-0000-000016310929>

² <https://www.endstation-rechts.de/news/rechte-buchmesse-seitenwechsel-zu-viel-am-brd-saft-genippt>

Demonstrant*innen bilden am 27. April 2000 eine Menschenkette um die Jüdische Landesgemeinde Thüringen nach einem Brandanschlag auf das Gebäude in Erfurt. FOTO: IMAGO/PHOTO2000





Am nächsten Morgen fand unser Gottesdienst in der Synagoge statt. Wir fühlten uns angegriffen. Der Schrecken war groß. Es erschien uns unglaublich. Brennende Synagogen in der Kristallnacht von 1938 haben sich im jüdischen Bewusstsein als Vorstufe des Holocaust eingeebrannt.

Die jungen Menschen bildeten tage- und nächtelang eine Menschenkette um unsere Synagoge. Sie wollten damit nicht nur ein Zeichen setzen. Sie hatten tatsächlich den Schutz

Die jungen Menschen bildeten tage- und nächtelang eine Menschenkette [...]. Sie wollten damit nicht nur ein Zeichen setzen. Sie hatten tatsächlich den Schutz der Synagoge im Sinn.

der Synagoge im Sinn. Die Mitglieder unserer Gemeinde waren gerührt. Sie waren dankbar für diese von Herzen kommende Solidarität.

Aber die jungen Menschen erfuhren ein Ordnungswidrigkeitsverfahren. Auf dem

Flugblatt, das sie verteilten, um zur Mahnwache vor der Synagoge aufzurufen, fehlte der Hinweis Verantwortlichen im Sinne des Presserechts (V.i. S.d.P.).³

Sie hatten und haben es nicht leicht, wenn sie sich den Nazis in den Weg stellen. Aber trotzdem standen sie Tag und Nacht vor der Synagoge und wollten zeigen: Wir sehen euch, und wir stehen an eurer Seite.

Unsere Dankbarkeit ist heute noch größer, nachdem wir seit dem 7. Oktober 2023 wissen, wie überschaubar die Zahl wirklicher Freundinnen und Freunde ist.

Der Brandanschlag vom 20. April 2000 hat uns bewiesen, wie aufrichtig es auch die Kirchen mit ihrer Freundschaft zur jüdischen Gemeinde meinen. Die Kirchen standen im Jahr 2000 nicht sprach- und tatenlos daneben, als ähnlich wie 1938 in der Kristallnacht Synagogen wieder brennen sollten. Der junge Mann, der wegen seiner Zivilcourage Ärger mit den Behörden bekommen hatte, kam aus der evangelischen Jugend. Um ihre Verbundenheit zu zeigen, haben sie

³ Vgl. Gerlinde Sommer: »Zivilcourage bewiesen — jetzt wird ermittelt«, in: Thüringische Landeszeitung, 23. Juni 2000

einen Mandelbaum in den Garten der Synagoge gepflanzt. Er wächst weiter und wir sind ihnen sehr dankbar.

Und auch heute haben wir noch immer Freunde, die auch dann an unserer Seite stehen, wenn gerade nichts Böses passiert, auch wenn die Abstände zwischen den Angriffen auf jüdische Menschen leider sehr kurz sind.

Als es zu Jom Kippur 2019 den schrecklichen Anschlag in Halle gab, haben sich viele an die Menschenkette von 2000 erinnert. Sie trafen sich vor unserer Erfurter Synagoge. Und als

**Wir sehen euch,
und wir stehen
an eurer Seite.**

Demonstrationen infolge von Corona nur schwer möglich waren, kamen sie trotzdem, um ihre Solidarität auszudrücken. Sogar zwei Reihen bildeten sich um unsere Synagoge.

Dass der Brandanschlag von damals nicht vergessen ist, haben wir auch unseren engagierten Freunden von MOBIT und ezra zu verdanken. Als sie anlässlich des 20. Jahrestages am 20. April 2020 einen Mahngang durch Erfurt geplant hatten, zwang Corona zu einer digitalen Version. Trotzdem war dies ein wichtiger Ausdruck der Solidarität mit den Jüdinnen und Juden in unserem Freistaat Thüringen. Wir danken ihnen sehr!

Kapitel zwei

Worum ging es im Jahr 2001?

Von **Wolfgang Musigmann** · Diakon und
Diplom-Sozialpädagoge, Vertreter des Evangelischen
Kirchenkreises beim Verein Mobit seit 2001

IM JAHR 2001 WURDE der Verein MOBIT e.V. gegründet. Vierzehn Personen haben die Satzung vom 12. März 2001 unterzeichnet: *Gerhard Mörke* für den Landesbezirk Thüringen der Gewerkschaft der Polizei, *Wolfgang Musigmann* für

den Evangelischen Kirchenkreis Erfurt, *Wolfgang Nossen* für die Jüdische Landesgemeinde Thüringen sowie *Julika Bürgin*, *Angelo Lucifero*, *Frank Spieth*, *Matthias Sengewald*, *Matthias*

»Die Stärkung demokratischer Strukturen und Initiativen für Menschenrechte gegen Rechtsextremismus in Thüringen«

Körting, *Matthias Plhak*, *Claudia Rühlemann*, *Alfred Häßler* und *Peter Zimmermann*.

Einig waren wir uns über den Zweck des Vereins: »Die Stärkung demokratischer Strukturen und Initiativen für Menschenrechte gegen Rechtsextremismus in Thüringen« (aus der Satzung von MOBIT). Die Gründungsmitglieder des Vereins waren engagierte Menschen aus dem Bereich der Gewerkschaften, der jüdischen Landesgemeinde und der Evangelischen Kirche (Landeskirche, Kirchenkreise), die sich persönlich und als Vertreter und Vertreterinnen ihrer Institutionen für eine offene, bunte, demokratische Gesellschaft in Thüringen und darüber hinaus einsetzten. Der Thüringen-Monitor, den es seit dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im Jahr 2000 gibt, beschreibt die Bevölkerung Thüringens in seiner ersten Ausgabe mehrheitlich so,

dass sie fremdenfeindliche Positionen vertritt. Der Anteil rechtsextremer Einstellungen lag im Jahr 2001 bei neunzehn Prozent.

Uns Vereinsgründern waren diese Einstellungen bekannt. Wir wussten, teils aus eigenem Erleben, dass Menschen mit Migrationshintergrund, mit politisch »linken« Auffassungen, mit alternativem Kulturverständnis, mit einer anderen Lebensart, mit diversen Religionsgeschichten usw.

Gefahr liefen, angegriffen, belästigt oder verspottet zu werden. So wurde ein schwarzer, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Offenen Arbeit Erfurt mehrfach in der Straßenbahn beleidigt und beschimpft. Oft waren solchen Attacken rechtsextreme Äußerungen sowie das Zeigen von rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Symbolen vorausgegangen. Die Atmosphäre bei Versammlungen und Demonstrationen, die rechte Gruppen für ihre eigenen Ziele benutzten, war sehr angespannt. So wurden die Demonstrationen der Gewerkschaften zum 1. Mai von rechten Gruppen genutzt, um eigene Demonstrationen durchzuführen und um zu provozieren. Bei Rechtsrock-Konzerten mussten Demonstrantinnen und Demonstranten, die dieser Musik und solchen Treffen von Rechten etwas entgegensetzten, geschützt werden. Die Polizei stand oft zwischen den Gruppen und ermöglichte die rechten Demonstrationen. Nach unserem Verständnis hätten diese verboten werden müssen. Wir engagierten uns für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte, gingen dafür auf die Straßen, um damit ein Zeichen für eine bunte, demokratische Gesellschaft zu setzen.

Wir handelten und gründeten den Verein »MoBiT – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V.« im März 2001. Unser Ziel war der Aufbau einer festen und professionellen Struktur zur Unterstützung der Zivilgesell-

Wir wussten, teils aus eigenem Erleben, dass Menschen mit Migrationshintergrund, mit politisch »linken« Auffassungen, mit alternativem Kulturverständnis, mit einer anderen Lebensart, mit diversen Religionsgeschichten usw. Gefahr liefen, angegriffen, belästigt oder verspottet zu werden.

Satzung

des Vereins "MoBiT - Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V."

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "MoBiT - Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V.". Er hat seinen Sitz in Erfurt und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2 Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist die Stärkung demokratischer Strukturen und Initiativen für Menschenrechte gegen Rechtsextremismus in Thüringen. Der Satzungszweck wird insbesondere durch mobile Beratung verwirklicht. Der Verein führt außerdem weitere Maßnahmen durch, die ihm zur Erreichung des Vereinszwecks geeignet erscheinen. Dazu sucht er die Kooperation mit Anderen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.

Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.



schaft im Umgang mit der extremen Rechten. Es ging darum, die Demokratie zu stärken. Ein Zeichen aus der Zivilgesellschaft zu setzen, Prävention gegen Rechts zu unterstützen, zielgerichtete Intervention zu schaffen bei rechten Demonstrationen und Aktionen sowie die Beratung gegen Rechtsextremismus zu etablieren. Wir hatten die Absicht, was »gegen Rechts« zu tun, uns zu engagieren und lokale, demokratische, zivilgesellschaftliche Institutionen zu stärken. Wir gingen davon aus, dass Vereine, Organisationen, Einzelpersonen und Gruppen, die sich gegen Rechts engagierten, von dem neuen Verein profitieren und Unterstützung bekommen. Wir hofften sehr, dass das Engagement für Demokratie und gegen Rechte gestärkt wird und Bildungsarbeit durch Vorträge, Workshops und Fortbildung intensiver möglich werden.

Im Tagungshaus der damaligen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, dem Zinzendorfhaus in Neudietendorf, wurde der Trägerverein für die Mobile Beratung in Thüringen im Jahr 2001 gegründet. FOTO: MOBIT

Der Kirchenkreis und die Offene Arbeit Erfurt gehörten zu den Institutionen und Einrichtungen, die den Verein MOBIT für nötig hielten und ihn mit ermöglichten.

In der Beschlussvorlage für die Mitgliedschaft des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt im Verein steht dazu folgende Begründung (Auszug):

Schwerpunkt dieses gesamtgesellschaftlichen Auftrages ist es, demokratische Strukturen und Initiativen zur Überwindung von Rechtsextremismus und für das Eintreten für Menschenrechte im Freistaat Thüringen zu fördern und zu stärken.

»Die im kirchlichen Raum begonnene ›Dekade zur Überwindung von Gewalt‹ soll in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam werden. Dazu bedarf es neben eigenständigen Initiativen, Projekten und Bildungsangeboten aus dem Raum der Kirche noch weitere, übergreifende Kooperationspartner, die auf demokratischer Basis Mitverantwortung für ein sensibles Miteinander in der Gesellschaft tragen. Schwerpunkt dieses gesamt-

gesellschaftlichen Auftrages ist es, demokratische Strukturen und Initiativen zur Überwindung von Rechtsextremismus und das Eintreten für Menschenrechte im Freistaat Thüringen zu fördern und zu stärken. Dies soll auch durch die Mobile Beratung möglich werden. Nicht in allen Teilen des Freistaates Thüringen sind in der Vergangenheit Strukturen geschaffen worden, die durch eine weitgehende Öffentlichkeitsarbeit basiswirksam geworden wären.

Dieses Fehlen an notwendigen demokratischen Strukturen zur Überwindung von Gewalt möchte der Verein ausgleichen, helfen und sich mit seinen Instrumentarien schnell und wirksam für ein großes gesellschaftliches Miteinander einsetzen.«

»Ein gemeinsames Mitgehen der Kirche mit allen demokratischen Kräften, gebündelt im Verein ›Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V.‹, würde dem Anliegen der ›Dekade zur Überwindung von Gewalt‹ entgegenkommen und entsprechen, sowohl auch in der Breite der demokratischen Öffentlichkeit positiv gewertet werden«,

so Andreas Lindner, damaliger stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt. Der Evangelische Kirchenkreis Erfurt beschloss am 9. März 2001 aufgrund dieser Vorlage, Mitglied im Verein Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V. zu werden.

Ich wurde beauftragt, den Kirchenkreis Erfurt im Verein zu vertreten. Dies tat ich gern, da meine Grundüberzeugungen mit dem Anliegen und der Satzung des Vereins MOBIT übereinstimmten und ich das Engagement für eine bessere, gerechtere, demokratischere Gesellschaft unterstützte. Ich war mit den Themenbereichen Rechtsextremismus, Demokratieförderung und Aktionen des gewaltfreien Widerstands befasst. So wurden Formen des gewaltfreien Widerstands bei Anti-Castor-Transporten im Wendland auf Aktionen bei Demonstrationen gegen Rechts übertragen.

Nach der Vereinsgründung im März 2001 beantragte der Verein im Mai 2001 für das Projekt MOBIT auf der Grundlage des CIVITAS-Programms eine Förderung. Seit dem 1. Juli 2001 wurde das Projekt MOBIT durch die Bundesregierung im Rahmen des CIVITAS-Programms gefördert. Ab September 2001 waren sieben Beraterinnen und eine Verwaltungsangestellte beschäftigt. Die Arbeit des Teams startete, und die Initiatoren und Gründer von MOBIT haben ihr Ziel, einen Verein, ein Beratungsteam und ein starkes Zeichen aus der Zivilgesellschaft für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu schaffen, verwirklicht.

Die ab dem Jahr 2000 handelnden Personen und Institutionen haben bei ihrem Engagement für eine demokratische, friedlichere Gesellschaft gut zusammengewirkt und mit dem MOBIT e.V. eine wichtige Einrichtung geschaffen.

Es war ein gutes Miteinander. Ich bin froh und stolz, dass ich einer der Beteiligten an diesem Projekt sein konnte.

Wolfgang Musigmann ist nicht nur Diakon und Diplom-Sozialpädagoge sowie seit dem Jahr 2001 Vertreter des Evangelischen Kirchenkreises im Mobit e.V., sondern er war zudem von 1979 bis 2023 Leiter der Offenen Arbeit Erfurt.

Kapitel drei

Kein Platz in Jena

Von **Frau**ke Büttner · 2002–2004 Beraterin
sowie zeitweise Projektkoordinatorin bei **MOBIT**
und **Michael Ebenau** · Gründungsmitglied und
langjähriges Vorstandsmitglied des **MOBIT e.V.**

»FRÜHES AUFSTEHEN, KAFFEE, belegte Brötchen und Kuchen. So einfach kann ein wirkungsvoller Protest gegen Neonazis sein«, beschrieb die Thüringer Allgemeine am 13. Juni 2005 launig das, was zwei Tage zuvor in Jena geschehen war: »Mehr als 5.000 Menschen machten klar, dass sie Rechts-extremisten nicht wollen. Ein Bündnis aus Parteien, Vereinen, den Kirchen, Gewerkschaften und weiteren Institutionen hatte sich seit Wochen auf vielfältige Protestveranstaltungen vorbereitet.«⁴

In den Jahren zuvor hatte die extreme Rechte in Thüringen mit der Organisation von Rechtsrock-Events begonnen, die die Neonazi-Szene stärken und ihren verhetzenden Inhalten Öffentlichkeit verschaffen sollten. Am bekanntesten waren zunächst der jährlich wiederkehrende »Thüringentag der nationalen Jugend«, der 2002 erstmals in Jena stattgefunden hatte, und »Rock für Deutschland« beziehungsweise »Rock gegen den Krieg«, das ab 2003 in Gera stattfand. Nun war für den 11. Juni ein erstes »Fest der Völker« für Jena angekündigt, für das europaweit mobilisiert wurde und bei dem Redner und Bands aus zehn europäischen Staaten angekündigt waren. Dass mit dem damaligen NPD-Mitglied Ralf Wohlleben jemand an der organisatorischen und ideologischen Spitze dieser Events stand, der später als Unterstützer der rassistischen Morde und Anschläge des »Nationalsozialistischen

⁴ Der Frühstücksprotest, in: Thüringer Allgemeine, 13. Juni 2005

Untergrundes« angeklagt und verurteilt wurde, verleiht dem Ganzen im Nachhinein einen ganz besonders unangenehmen Beigeschmack. Neben ihm waren viele weitere (frühere) Weggefährten und Weggefährtinnen von Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe nach wie vor aktiv und zum Teil an den Vorbereitungen beteiligt.

»Fest der Völker«: Dieses Motto stammte aus einem Propagandafilm Leni Riefenstahls über die Olympischen Spiele 1936 im nationalsozialistischen Deutschland. Der Untertitel für das geplante Event in Jena lautete »Für ein Europa der Vaterländer« und machte deutlich: Rechte Rock-Events in Thüringen sollten internationalisiert werden und nicht mehr allein das deutsche Blood-and-Honour-Netzwerk ansprechen.

Dass Jena als Ort des Geschehens ausgesucht worden war, hatte mehrere Gründe, ein wichtiger war die gewachsene Bedeutung der extremen Rechten in der Saalestadt: Hier hatte sich seit 1990 ein festes Bündnis aus neonazistischen Kameradschaften, NPD, Republikanern, der Burschenschaft »Normannia« und anderen herausgebildet. Zwar waren Neonazis im Stadtzentrum

Am 11. Juni 2005 schützten Polizist*innen das Haus der Neonazis, vor dem sich Demonstrant*innen versammelt hatten.

FOTO: MOBIT



nicht so prägend wie in anderen Regionen, aber gut organisiert und international vernetzt. Mit dem Kauf eines Hauses im Stadtteil Alt-Lobeda hatten sie 2002 einen deutlichen logistischen Sprung gemacht und konnten von hier aus nahezu ungestört agieren.⁵

Parallel dazu hatte sich in Jena über die Jahre ein funktionierendes »Aktionsbündnis gegen Rechts« entwickelt, das der extremen Rechten immer wieder entgegentrat und beständig für breites zivilgesellschaftliches Engagement warb. Hier arbeiteten Menschen aus antifaschistischen Initiativen und Infoläden zusammen mit anderen Vertreter*innen aus evangelischer Kirche, Gewerkschaften und Parteien. Durch viele gemeinsame Erfahrungen und Debatten hatte sich untereinander ein Vertrauensverhältnis entwickelt und auch ein politischer Einfluss in Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung hinein aufgebaut. So kam es dazu, dass nach Bekanntwerden der Planungen für das »Fest der Völker« ein sehr breites Spektrum an Menschen aktiv wurde. Und so war es auch möglich, dass das »Aktionsbündnis gegen Rechts« sehr offen als Ziel angeben konnte, das Rechtsrock-Event verhindern und nicht nur parallel dazu protestieren zu wollen, ohne Stadtverwaltung und Polizei gegen sich aufzubringen. Im Unterschied zu früheren Debatten gab es

Im Unterschied zu früheren Debatten gab es dieses Mal keinen Widerspruch zu möglichen Blockaden.

dieses Mal keinen Widerspruch zu möglichen Blockaden, die städtische Zivilgesellschaft schien sehr einig in dem Ziel, das »Fest der Völker« zu verhindern, sodass dieses Ziel auch rigorosere Mittel rechtfertigte.

Das lag vielleicht auch daran, dass das Aktionsbündnis in den Jahren zuvor bereits mit Blockaden agiert hatte, diese Form des Widerstandes in Jena also nicht völlig neu war.

⁵ Frauke Büttner/Michael Ebenau: Vom nationalen Hausprojekt zum internationalen Neonazi-Festival. Rechte Strukturen in Jena und die Gegenwehr der Zivilgesellschaft, in: Bodo Ramelow (Hrsg.): Made in Thüringen. Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012, S. 94 ff.

Die monatelange Aufklärungsarbeit und Diskussion um das geplante internationale Neonazi-Event hatten dieses erfolgreich als das eigentliche Problem markiert und bis weit in die bürgerliche Mitte hinein deutlich gemacht, dass dies nicht ohne entschlossenen Protest hinnehmbar ist. Und verhindert werden muss.

Noch im Februar meldete das Bündnis für den 11. Juni 2005 elf Kundgebungen auf allen größeren Plätzen Jenas an. Im Mai sprach die Stadt ein Verbot für das »Fest der Völker« aus und begründete diesen Schritt damit, dass es nicht unter die Demonstrationsfreiheit falle, »denn eine Veranstaltung mit so vielen Bands sei in erster Linie eine Vergnügungsveranstaltung. Und verboten worden sei das Fest, weil die Stadt mit Verstößen gegen Ordnung und Sicherheit rechnen müsse. Zudem animieren die Bands, die eingeladen sind, zu kriminellen Handlungen, verherrlichen das ›Dritte Reich‹ und fordern teilweise auf, Andersdenkende zu töten.«⁶ Letztlich aber entschied das Oberverwaltungsgericht wenige Stunden vor dem 11. Juni, dass das rechte Event stattfinden dürfe, nicht – wie beabsichtigt – auf dem Jenaer Marktplatz, sondern auf dem relativ abgelegenen Platz Am Gries in Jena-Ost. Dass hier aus den Reihen der Gegendemonstrant*innen seit Monaten eine Kundgebung zum Gedenken an die Massaker von Wehrmacht und SS in Distomo, Oradour-sur-Glane, Lidice und anderen Orten von Kriegsverbrechen angemeldet war, blieb unbeachtet. Damit nahmen die Dinge am 11. Juni 2005 ihren vorbereiteten Lauf: Ab fünf Uhr am frühen Morgen blockierten Stadtverordnete von PDS bis CDU zusammen mit dem stellvertretenden Superintendenten der evangelischen Kirche, Gewerkschafter*innen, Antifaschist*innen und Hunderten anderen den Platz Am Gries und widersetzten sich den Aufforderungen der Polizei, die Blockade zu beenden. Die angedrohte Räumung durch die Polizei blieb schließlich aus, deren Einheiten zogen mitsamt den dahinter befindlichen Rechtsrock-Organisator*innen ab.

⁶ Bands animieren zur Kriminalität, in: Thüringische Landeszeitung, 25. Mai 2005

Während sich schnell herumsprach, dass für das »Fest der Völker« etwa zehn Kilometer entfernt ein Ausweichort an der Autobahn gefunden worden sei, wurden circa 40 Blockierer*innen von hessischen Bundesgrenzschutzbeamten festgenommen und in eine Gefangenensammelstelle gebracht. »Die Studentin Louisa Reichstetter, die vier Stunden lang in Gewahrsam ausharren musste, berichtete der Ostthüringer Zeitung, dass die Beamten erschienen seien, als Am Gries alles schon vorbei gewesen sei. Die 40 Leute, darunter der Jenaer Oberpfarrer Gotthard Lemke seien nur das Aufräumkommando gewesen, das gegen 9.30 Uhr den Platz am Gries wieder in Ordnung bringen wollte.«⁷ Nach einigen Stunden wurden

Es war die bis dahin mit Abstand größte und spektakulärste antifaschistische Aktion in Thüringen.

die ersten Inhaftierten wieder freigelassen, während die letzten noch im Hof standen und auf ihre Aufnahme in die Sammelstelle warteten.

Währenddessen herrschte in der Stadt ein buntes Wechselspiel von Demonstrationen, Kundgebungen und zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen gegen die extreme Rechte. Insgesamt bezogen geschätzte 8.000 Menschen Position. Es war die bis dahin mit Abstand größte und spektakulärste antifaschistische Aktion in Thüringen. Während das Neonazi-Event an den Stadtrand gezwungen worden war, waren die Innenstadt und die vierspurige Schnellstraße in Richtung der Rechten Freiraum für antifaschistische Aktivitäten. Die Stimmung unter den Gegendemonstrant*innen war entsprechend fröhlich und hat allen Beteiligten Mut, Kraft und Energie gegeben und gezeigt, dass es sich lohnt, entschlossen gegen extrem rechte Events vorzugehen. Es wurde sehr deutlich, dass Bündnisarbeit trotz aller notwendigen Kompromisse lohnenswert ist. Ohne diese wäre eine so entschlossene, gut organisierte und einmütige Haltung für eine vielfältige Gesellschaft nicht möglich gewesen. Das alles gründete auf einem jahrelang

⁷ Polizei aus sechs Ländern sorgt für friedlichen Ablauf. Kritik an Festnahmen von Gries-Blockierern, in: Ostthüringer Zeitung, 13. Juni 2005



Die Szenerie an der Autobahnauffahrt Jena-Lobeda, ein paar Hundert Meter vom Gelände des »Festes der Völker« entfernt FOTO: MOBIT

aktiven Bündnis unterschiedlichster Jenaer Gruppen und Initiativen und dem in vielen Aktionen gewachsenen Vertrauen zueinander sowie dem ebenfalls gewachsenen Selbstvertrauen. »Es gehörte sich, dabei zu sein«, beschrieb einer der Aktiven die entstandene Stimmung in der Stadt.⁸

Das »Fest der Völker« fand im Übrigen tatsächlich statt, nur eben außerhalb der Stadt, ganz in der Nähe eines Baumarktes. Und weil das Tragen von Springerstiefeln in einer vom Gericht bestätigten Auflage verboten war, verzeichnete dieser Markt einen erhöhten Absatz von Badelatschen und Gummi-
stiefeln. Ansonsten blieben die benachbarten Geschäfte leer: Aufgrund verschiedener Versuche von Demonstrant*innen, zum Veranstaltungsort der Rechten zu gelangen, hielt die Polizei die direkten Zuwege über Stunden mit Räumpanzern versperrt.

**»Es gehörte sich,
dabei zu sein«, so
einer der Aktiven.**

⁸ Frauke Büttner/Michael Ebenau, a.a.O., S. 102

Aus der Sicht von Ralf Wohlleben und seinen Mitstreitenden verlief der Tag bei weitem nicht zufriedenstellend: Der Umzug auf einen anderen Platz kostete Zeit und Publikum. Statt der erwarteten vierstelligen Zahl an Besucher*innen wurde die Teilnahme auf wenige Hundert geschätzt, erst am späten Vormittag konnte mit dem Aufbau begonnen werden, dafür endete die Veranstaltung wie beauftragt um 18 Uhr.

So war es nicht verwunderlich, dass – gewissermaßen als Revanche – für die kommenden Jahre regelmäßig wiederkehrende »Feste der Völker« angekündigt wurden. 2006 hielt ein von der Stadt verfügtes Verbot: Infolge der zeitgleich stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft wurde geltend gemacht, dass nicht genug Polizeikräfte zur Verfügung standen. Ein Jahr darauf, 2007, kam es zur Neuauflage. Doch auch hier regte sich tausendfacher Widerstand. Inzwischen hatte sich mit dem »Aktionsnetzwerk Jena« ein zweites Bündnis neben dem Aktionsbündnis gegründet, das ebenfalls zu Blockaden aufrief. Am Ende gelang es wieder, die Rechtsrock-Veranstaltung zu verkürzen und den Zuzug zu erschweren, weil zahlreiche Blockaden zunächst das Eintreffen der Veranstaltungstechnik verhinderten, später auch das von potenziellen Besucherinnen und Besuchern. Diejenigen, die dennoch teilnahmen, mussten sich in einen Käfig aus Absperrgittern begeben, der auf allen Seiten von Gegendemonstrant*innen umgeben war.

Auch diese Erfahrung sprach letztlich gegen Jena als Austragungsort weiterer dieser rechtsextremen »Feste«. 2008 fand es ein drittes Mal statt, nun in Altenburg, 2009 dann in Pößneck. Und damit endete die Veranstaltungsreihe, 2010 wurde zwar ein weiteres Mal Pößneck angekündigt, dann aber abgesagt. In Altenburg 2008 und in Pößneck 2009 hatte es deutlich geringere Teilnehmerzahlen gegeben, beide Male begleiteten Proteste die Veranstaltungen. Mit der Selbstenttarnung des NSU und der Inhaftierung u. a. Ralf Wohllebens Ende 2011 kam die extrem rechte Mobilisierung in Jena zunächst zu einem kurzen Stillstand, bevor das Umfeld der AfD (Thügida, Sügida) und die Partei selbst hier neuerliche

Demonstrationsversuche unternahmen. Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft rund um das »Aktionsbündnis gegen Rechts« 2005 und 2007 hat aber nachhaltig dazu beigetragen, dass es immer wieder erfolgreiche Mobilisierungen gegen diese neuerlichen Versuche gab und gibt.

Die Politikwissenschaftlerin Frauke Büttner lebt heute in Stendal, arbeitet für die Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt und ist im zivilgesellschaftlichen Bündnis »Herz statt Hetze Stendal« aktiv. Michael Ebenau arbeitete von 1990 bis 2015 bei der IG Metall in Jena und war bzw. ist in vielerlei Jenaer und Thüringer Zusammenhängen gegen rechts aktiv. Der Politikwissenschaftler lebt seit 1990 in Jena.

Kapitel vier

Gemeinsam Neonazis stoppen – Thüringer im sächsischen Dresden

Von **Uwe Adler** · 2005–2019 Co-Sprecher
des Bürgerbündnisses gegen Rechts Weimar
und **Harald Zeil** · Mitorganisator der Thüringer
Gegenproteste in Dresden

DER NEONAZISTISCHE »Trauermarsch« in Dresden ist seit den beginnenden 2000er-Jahren eines der bedeutendsten Events der Szene. Zeitweise galt der Aufmarsch als größte Neonazi-Demonstration Europas – bis ihn eine breite Bewegung aus unterschiedlichsten Gruppen stoppte und damit zeigte, wie erfolgreicher Protest gelingen kann.

Seit Ende der 1990er-Jahre entdeckte die deutsche Neonazi-Szene Demonstrationen als ihre zentrale Aktionsform. Besonders die symbolisch aufgeladenen Orte und historischen Daten zogen in den kommenden Jahren tausende Neonazis an – egal ob Wunsiedel, Bad Nenndorf oder Dresden. Dabei avancierte die sächsische Landeshauptstadt zum bedeutendsten Ort dieser extrem rechten Aufmärsche und ist 2026 wohl auch der letzte dieser Art.⁹ Auch 2026 reisten rund 2.000 Neonazis in die sächsische Landeshauptstadt, um dem schon durch die Nationalsozialisten kreierten Dresden-Mythos zu huldigen. Indes ist Dresden auch für die demokratische Zivilgesellschaft ein wichtiges Symbol:

⁹ Krell, Michael: Der letzte Aufmarsch seiner Art, in: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2026-02/dresden-rechtsextremismus-gedenken-neonazi-aufmarsch/komplettansicht>

Die Proteste in den späten 2000er-Jahren haben gezeigt, wie wir erfolgreich Protest organisieren und Neonazis stoppen können. Gemeinsam! Ziviler Ungehorsam entwickelte sich in jenen Jahren wieder zu einem zentralen Begriff in der Auseinandersetzung mit Neonazis, die der Staat jahrelang gewähren ließ.

Thüringer Vorgeschichte

Neben den großen Aufmärschen begann die Neonazi-Szene, vor allem auch in Thüringen, Anfang der 2000er-Jahre verstärkt mit der Organisation großer Rechtsrock-Festivals. Und genau hier beginnt bei uns in Thüringen Dresdens Vorgeschichte. Gleich vier Mal versuchten Neonazis, das sogenannte »Fest der Völker« in Thüringen ungestört durchzuführen. Neben zwei Versuchen in Jena (2005 und 2007) auch 2008 in Altenburg und 2009 in Pößneck. Für uns war der Protest gegen diese Neonazi-Veranstaltungen auch die Phase, in der wir in Thüringen verstärkt über Aktionsformen zu debattieren begannen. 2008 schrieb der MOBIT-Mitgründer Peter Zimmermann für das Jenaer Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in eben jenem

Kontext einen Debattenbeitrag zum Thema ziviler Ungehorsam. *»Ziviler Ungehorsam als Mittel des Protests gegen eine die Allgemeinheit und ihre Lebensgrundsätze bedrohende Gefahr, der der Rechtsstaat und seine Institutionen Polizei und Justiz die gebührende Aufmerksamkeit verweigern [...]«*, schrieb Zimmermann damals. Damit

beschrieb er treffend unsere Wahrnehmung eines Staates, der Neonazis gewähren ließ und den extrem rechten Umtrieben mit der Polizei auch noch die Straßen freiräumte. Es ging in diesen Jahren um nichts Geringeres als die Zurückgewinnung einer zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit, um dem neonazistischen Treiben Einhalt zu gebieten.

Damit beschrieb er treffend unsere Wahrnehmung eines Staates, der Neonazis gewähren ließ und den extrem rechten Umtrieben mit der Polizei auch noch die Straßen freiräumte.

Die Erfahrungen, die wir beim Protest gegen das »Fest der Völker« sammeln konnten, waren damit auch unser Beitrag für das Gelingen der Proteste in Dresden. Nicht nur, was die Aktionsformen anging, sondern auch die Erkenntnis, dass erfolgreicher Protest gegen die extreme Rechte nur gelingen kann, wenn zivilgesellschaftliche Akteure spektrenübergreifend zusammenarbeiten.

Von Thüringen nach Dresden

Bereits zur Vorbereitung der Gegenproteste 2009 nahmen daher verschiedene Thüringer Gruppen an den Treffen in Dresden teil und versuchten, ihre Erfahrung einzubringen. Die Proteste selber scheiterten dann vor allem an einer Aufspaltung in »gute« und »schlechte« Nazi-Gegner. Während die einen an der Bühne feierten, wurde die Demonstration

Für die Proteste 2010 konnte eine enorme Mobilisierung erreicht werden, die bei vielen von uns auch das Gefühl hinterließ, Teil von etwas Wichtigem zu sein.

des Bündnisses »No Pasaran« nur wenige Hundert Meter weiter von der Polizei zusammengeknüpelt. Nach den Erfahrungen 2009 war es nur konsequent, dass im Herbst des Jahres mit »Dresden nazifrei« ein neues Bündnis aus der Taufe gehoben wurde. Auch hier brachten sich verschiedene Gruppen aus Thüringen von Anfang an ein.

Gleichzeitig setzte die Arbeit des neu gegründeten Bündnisses Impulse, die wir in Thüringen aufnehmen konnten. Für die Proteste 2010 konnte eine enorme Mobilisierung erreicht werden, die bei vielen von uns auch das Gefühl hinterließ, Teil von etwas Wichtigem zu sein. Zahlreiche Busse aus Thüringen waren 2010 für die Proteste nach Dresden gefahren, und es gelang erstmals, den neonazistischen Aufmarsch zu blockieren. Mittendrin auch Politiker verschiedener Parteien. Aus Thüringen waren es unter anderem der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröder und Bodo Ramelow, die den Protest unterstützten. Vor Ort war es auch Bodo Ramelow, der versuchte, zwischen Demonstranten und der Polizei zu

vermitteln. Damals auch schon mittendrin: AfD-Frontmann Björn Höcke, der schreiend mit seinen rund 5.000 Kameraden an jenem Tag am Bahnhof Dresden eingeschlossen war.

Gemeinsam gegen Neonazis

Die ersten erfolgreichen Blockaden machten vor allem deutlich, dass der Zusammenhalt der demokratischen Zivilgesellschaft ein zentrales Erfolgskriterium im Kampf gegen die extreme Rechte ist. Am Protest war von Gewerkschaften, Kirchen über Politiker verschiedener Parteien bis hin zu antifaschistischen Gruppen eine enorme Breite von Menschen und Gruppen beteiligt. Und es gelang, was jahrelang unmöglich schien: den Neonazis die Straße zu nehmen und ihre geschichtsrevisionistische Hetze nicht zuzulassen. Gemeinsam. Diese Selbstverständlichkeit, den Feinden der Demokratie entgegenzutreten, scheint mittlerweile verlorengegangen zu sein. In personam Höcke zeigt sich dies anschaulich: Jene,

Aktivist*innen aus der JG-Stadtmitte 2014 in Dresden FOTO: FELIX M. STEINER



die 2010 mit Tausenden Neonazis in Dresden marschieren wollten, sitzen heute in den parlamentarischen Institutionen unserer Demokratie.

2011: Mobilisierung, Angriffe und Eskalation

Die Mobilisierung im Jahr 2011 wurde auch getragen durch die erfolgreichen Blockaden im Jahr zuvor. Erstmals fand auch der Mahngang »Täterspuren« statt, der mit einem kritischen Geschichtsbewusstsein versuchte, dem geschichtsrevisionistischen Aufmarsch und dem verbreiteten Mythos von Dresden als der unschuldig und aus heiterem Himmel getroffenen Kulturstadt inhaltlich etwas entgegenzusetzen. Die Erfolge aus dem Jahr 2010 mobilisierten im Folgejahr nochmal mehr Menschen. Allein aus Thüringen reisten rund fünfundzwanzig Busse nach Dresden, um den Neonazi-Aufmarsch erneut zu stoppen. Schon im Vorfeld hatte die Stadtverwaltung Dresden die Gegenproteste derartig weit vom Aufmarsch weggelegt, dass ein wahrnehmbarer Protest unter diesen Bedingungen nicht möglich gewesen wäre. Als wir mit insgesamt vierzig Bussen aus verschiedenen Bundesländern an der Stadtgrenze von Dresden eintrafen, wurde schnell klar, dass die Polizei versuchen würde, den Protest deutlich einzuschränken. Die Busse wurden an der Stadtgrenze gestoppt und eine Einfahrt verweigert. Aufhalten

Aufhalten konnte uns diese Schikane nicht, kurzum ging es zu Fuß gemeinsam mit hunderten Menschen in die Innenstadt.

konnte uns diese Schikane nicht, kurzum ging es zu Fuß gemeinsam mit hunderten Menschen in die Innenstadt.

Während die Polizei versuchte, die Strecke der Neonazis freizuhalten, versammelten sich in Dresden-

Löbtau rund hundertfünfzig Neonazis und griffen ein linksalternatives Wohnprojekt an. Fast fünfzehn Minuten lang warfen die Angreifer Steine auf das Wohnhaus. Mehrere Polizeiwagen, in Sichtweite postiert, griffen aber nicht ein. Der Angriff endete, weil die Neonazis weiterzogen.



Lothar König während
des Protests in Dresden 2014

FOTO: FELIX M. STEINER

Und der Neonazi-Aufmarsch? Der konnte erneut blockiert werden. Nur in einem Außenbezirk Dresdens konnten die Neonazis einige wenige Meter laufen, in der Innenstadt war dies nicht möglich. Spiegel-TV kommentierte dies später in einem Bericht: »Doch an diesem Tag heißt es für die Neonazis Regionalzug statt Umzug.« Das zweite Jahr in Folge gelang es mit einer bundesweiten Mobilisierung, den Aufmarsch der Neonazi zu blockieren.

Repression und Solidarität

Die Proteste 2011 hatten jedoch erhebliche Folgen – auch für zahlreiche Aktive aus Thüringen. Im Nachgang der Demonstrationen wurden zahlreiche Verfahren gegen Protestierende eingeleitet – oft wegen vermeintlichem Landfriedensbruch und ähnlicher Straftatvorwürfe. Schon kurz nach den Protesten wurde bekannt, dass die Behörden eine massenhafte Funkzellenabfrage durchgeführt hatten. Diese umfasste hunderttausende Handydaten von Menschen, deren Handys zum Zeitpunkt der Demonstrationen an

2013 urteilte dann das Landgericht Dresden, dass diese Abfrage rechtswidrig war.

Orten waren, an denen es zu Auseinandersetzungen kam. 2013 urteilte dann das Landgericht Dresden, dass diese Abfrage rechtswidrig war.¹⁰ Auch gegen zahlreiche Engagierte aus Thüringen wurden auf-

grund der Proteste Verfahren eingeleitet. Repression gab es gegen viele Demonstrierende; besondere Aufmerksamkeit erlangte die juristische Farce der sächsischen Justiz gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Die sächsischen Behörden observierten nicht nur die Junge Gemeinde in Jena, sie unterzogen sie im August 2011 auch einer juristisch fragwürdigen Razzia – Monate nach den Protesten. Der Prozess gegen Lothar König zeigte sich von Beginn an als ein Desaster: Große Mengen an nicht übergebenen Beweis-

¹⁰ Vgl.: <https://netzpolitik.org/2013/landgericht-dresden-groesste-funkzellen-abfrage-von-handygate-2011-war-illegal/>

mitteln oder falsche Aussagen von Polizeibeamten bildeten den Rahmen des Prozesses, welcher 2013 eingestellt werden musste. Noch während des laufenden Prozesses erhielt Lothar König den Thüringer Demokratiepreis und den 12. Jenaer Preis für Zivilcourage. Heribert Prantl kommentierte in der Süddeutschen Zeitung 2014:

»Den Jugendpfarrer Lothar König, der auch gegen die Neonazis demonstrierte, hat die Dresdner Justiz jahrelang wegen Landfriedensbruch verfolgt, bis endlich das Verfahren eingestellt wurde. Man fragt sich wirklich, wer da eigentlich den Landfrieden stört. – Den Landfrieden stört, wer gewaltfreie Aktionen gegen genehmigte Neonazi-Aufmärsche als rechtswidrige ›grobe Störung‹ diskriminiert. Den Landfrieden stört, wer der Courage gegen Rechtsextremismus den Nerv zu ziehen versucht. Den Landfrieden stört, wer der Zivilgesellschaft den Atem nimmt. Eine Justiz, die sich als Gegner der Zivilgesellschaft begreift, hat nicht verstanden, was Rechtspflege ist.«¹¹

»Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.«

Die Repressionen der sächsischen Justiz- und Polizeibehörden führten jedoch nicht zu einem Erliegen unseres Engagements, sondern erzeugten das Gegenteil: Solidarität und ein »Jetzt erst recht!«. Mitten in die Auseinandersetzungen rund um die Proteste 2011 in Dresden platzte dann die Selbstenttarnung der mörderischen Neonazi-Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« im November des gleichen Jahres. Für uns kommen jene Erfahrungen im ikonischen Satz Esther Bejaranos zum Ausdruck: *»Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.«*

Bis ins Jahr 2015 unterstützten Thüringer Bündnisse und zivilgesellschaftliche Gruppen die Aktionen von »Dresden nazifrei« gegen die Versuche, den Naziaufmarsch wieder aufleben zu lassen, und für einen kritischen Umgang der Dresdner Stadtgesellschaft mit ihrer Geschichte.

¹¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/ermittlungsverfahren-gegen-bodo-ramelow-keine-posse-sondern-bosheit-1.2261098>

Die im Bündnis »Dresden nazifrei« gemachten Erfahrungen konnten später für die Aktionen gegen Pegida in Dresden und Legida in Leipzig sowie Thügida in Thüringen genutzt werden.

Kapitel fünf

Zivilgesellschaftliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex

Von **Katharina König-Preuss** · Mitglied des
Thüringer Landtages für die Fraktion Die Linke

AM 4. NOVEMBER 2011 brannte nach einem Banküberfall ein Wohnmobil in Eisenach. Darin fanden sich die Leichen der im Januar 1998 untergetauchten Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen erweiterten Suizid. Am 8. November 2011 stellte sich die Dritte der Untergetauchten, Beate Zschäpe, in Jena.

Ab dem 8. November 2011 begannen u. a. in Jena die zivilgesellschaftliche Aufklärung, Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem »Nationalsozialistischen Untergrund«. Sie dauert bis heute, bis ins Jahr 2026, an. Mittlerweile beschäftigen sich mehrere Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in unterschiedlichster Form mit dem NSU-Komplex. Gelungen ist ihnen über die Jahre viel. Mehr, als sie manchmal selbst bereit wären zu sagen.

Es begann am 8. November 2011. Aufgewühlt, teils geschockt begannen in der JG-Stadtmitte Leute, das über Jahrzehnte entstandene Archiv von Fotos, Gedächtnisprotokollen, Zeitungsartikeln und Videomaterial zur rechten Szene in Jena und Thüringen zu durchforsten. Zudem wurden mehrere Antifaschist*innen der 90er-Jahre zusammengeholt. Auch sie brachten Material mit, aber vor allem ihre Köpfe. Der Austausch begann.

Altes, lange für die Mehrheit der (Stadt-)Gesellschaft unbedeutendes Material wurde plötzlich bundesweit relevant. Erlebtes und die Erinnerungen der 90er-Jahre waren, entgegen allen Erfahrungen der Jahrzehnte zuvor, plötzlich

... begannen [...] Leute, das über Jahrzehnte entstandene Archiv von Fotos, Gedächtnisprotokollen, Zeitungsartikeln und Videomaterial zur rechten Szene in Jena und Thüringen zu durchforsten.

nicht nur gefragt, sondern wurden ernst genommen. Zusammen mit dem »Aktionsbündnis gegen Rechts« organisierte die JG-Stadtmitte einen Mahngang für den 18. November 2011, welcher die Opfer in den Vordergrund stellte und an dem sich ca. vierhundert Menschen beteiligten.

In der Stadt schien das Interesse, eine Mitverantwortung für das Entstehen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« von sich zu weisen, in dieser Zeit das vorherrschende. Kritisch wurde von Antifaschist*innen damals das »Rock gegen Rechts« am 2. Dezember 2011 betrachtet, zu dem rund 50.000 Menschen nach Jena kamen. Der Spiegel betitelte eine Fotostrecke mit »Tschüss, braunes Image«¹². Weniger als vier Wochen nach Bekanntwerden der Existenz einer rechtsterroristischen Gruppierung aus Jena schien das Image der Stadt wichtiger als die Perspektive der Opfer und die gesellschaftliche Verantwortung zu sein.

Den richtigen Fokus setzten erneut Antifaschist*innen aus Jena, Weimar, Erfurt, Saalfeld und vielen anderen Thüringer Städten. Sie erinnerten an die Opfer des NSU. Druckten Plakate mit ihren Namen und Gesichtern. Sie demonstrierten, forderten die Auflösung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz – besetzten dies sogar kurzzeitig –, veröffentlichten Materialien, widersprachen der These einer Terrorzelle, die allein aus drei Neonazis bestehen sollte, und wiesen wieder und wieder auf die extrem rechten und viel zu oft ignorierten Strukturen der Neonazi-Szene im

¹² <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/konzert-in-jena-50-000-rocken-gegen-rechts-a-801447.html>



Thüringen der goer-Jahre hin. Eine regelrechte Sisypchos-Arbeit, aber auch Aufklärung im besten Sinne. Dass Antifaschist*innen bundesweit – auch in Thüringen – recht hatten, wurde durch die folgende Aufklärungsarbeit der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse bewiesen. Die These eines »Terror-Trios« konnte nicht gehalten werden.

Es ist viel, was Thüringer Strukturen und Initiativen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes gelang. Herausragend ist jedoch ihr jahrelanges Engagement. Beispielhaft für Jena sind die JG-Stadtmitte und die Initiative »NSU-Komplex auflösen Jena« zu nennen.

Heute gibt es in Jena den Enver-Şimşek-Platz, eingeweiht wurde er am 19. September 2020.¹³ Er befindet sich im Stadtteil Winzerla – dem Stadtteil, in dem das Jugendzentrum lag, in welchem das Kerntrio des NSU, aber auch weitere Neonazis – darunter Unterstützer des NSU – ungestört aktiv sein

Es ist viel, was Thüringer Strukturen und Initiativen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes gelang.

konnten. Dass es diesen Platz sowie die dazugehörige Haltestelle gibt, ist Ergebnis eines langen Engagements.

Es begann 2012 und war alles andere als ein einfacher Prozess. »Sie kamen von hier. Von den goern bis heute – Widerstand gegen die extreme Rechte

– NSU und Staat« war der Titel einer Tagung des Runden Tisches für Demokratie der Stadt Jena. *»Aus Sicht handelnder Akteure sollen die Entwicklung des Neonazismus und der Widerstand gegen die extreme Rechte einer kritischen Prüfung unterzogen werden.«¹⁴*

Nach weniger als einem Jahr war es gelungen, dass die Stadt Jena sich nicht mehr komplett der Verantwortung entzog bzw. diese von sich wies. Bis zu einer städtisch unterstützten Erinnerungskultur sollte es jedoch weitere Jahre dauern.

¹³ https://www.jenakultur.de/de/aufgaben_und_service/stadtgeschichtsfor-schung/erinnerungskultur/enver_simsek/887010

¹⁴ <https://www.kokont-jena.de/tagung-sie-kamen-von-hier/>



2014: Symbolische
Straßenumbenennung
durch Aktivist*innen
in Jena-Winzerla

FOTO: K. KÖNIG-PREUSS

Im Jahr 2013 begann der NSU-Prozess in München. Regelmäßig nahmen Jugendliche und junge Erwachsene der JG-Stadtmitte an Prozesstagen teil, insbesondere, wenn Akteure der Thüringer Neonazi-Szene als Zeug*innen geladen waren. Die Kontakte zu Nebenklageanwält*innen wurden auf- und ausgebaut, in den Jahren danach folgten Veranstaltungen, Vorträge und Lesungen zum NSU-Komplex in Jena. 2014 benannte die JG-Stadtmitte zusammen mit dem »Aktionsbündnis gegen Rechts« im Rahmen einer bundesweiten Aktion eine Straße in Jena-Winzerla in »Abdurrahim-Özdoğan-Straße« um.¹⁵

Auf einem damals an Anwohnende verteilten Flyer hieß es u. a.: »Wir wollen ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen der vom NSU ermordeten Menschen setzen und ihre Namen in den Mittelpunkt stellen. Wir unterstützen die Angehörigen in ihrer Forderung nach einer restlosen Aufklärung der Verbrechen des NSU.«¹⁶

¹⁵ <https://jg-stadtmitte.de/2014/11/04/im-gedenken-an-die-opfer-des-nsu/>

¹⁶ <https://jg-stadtmitte.de/2014/11/04/3-jahre-nach-dem-auffliegen-des-nsu-im-gedenken-an-die-opfer/>



Gedenken an Abdurrahim Özüdoğru

FOTO: KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Abdurrahim Özüdoğru wurde 2001 in seiner Änderungschneiderei in Nürnberg vom NSU ermordet. Die Forderungen nach öffentlicher Erinnerung in der Stadt Jena begannen spätestens mit dieser symbolischen Straßenumbenennung.

Doch die Erinnerung an die Opfer des NSU wurde weiterhin nur von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getragen. Die Initiative »NSU-Komplex auflösen Jena« begann, eigene Stadtrundgänge durchzuführen, um in Jena-Winzerla über die Geschichte aufzuklären. Vermutlich war auch ihr Engagement mit auslösend dafür, dass im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens in Winzerla in den Jahren 2017 und 2018 Bewohner*innen als Namensvorschlag für namenlose Orte den Vorschlag »Enver-Şimşek-Platz« einreichten. Bei einer öffentlichen Abstimmung im Stadtteil erhielt dieser Vorschlag die meisten Stimmen, der Ortsteilrat Winzerla unterstützte dies und bat den Oberbürgermeister um Zustimmung.

Die Stadtverwaltung lehnte die Benennung zunächst jedoch ab. Der Oberbürgermeister begründete dies u. a. mit möglichen Problemen für einen ansässigen Supermarkt und schlug die Bezeichnung »Platz der Demokratie« vor. Die Ablehnung löste deutliche Kritik aus. Der Ortsteilrat sah den demokratischen Beteiligungsprozess missachtet, während Initiativen wie »NSU-Komplex auflösen« und »decolonize Jena« öffentlich für die Platzbenennung mobilisierten. Kundgebungen, Presseberichte und Stellungnahmen verschiedener politischer Akteur*innen erhöhten den öffentlichen Druck.

Die Erinnerung an die Opfer des NSU wurde lange nur von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getragen.

2018 errichtete die JG-Stadtmitte eine Holzskulptur mit den eingravierten Namen der Opfer des NSU und den Orten der Sprengstoffanschläge auf der Johannisstraße und schuf damit einen ersten Erinnerungsort im Stadtzentrum. An jedem Todestag und jedem Tag eines Sprengstoffanschlags finden seitdem dort Gedenken statt.

Im Mai 2019 befasste sich der Kulturausschuss erstmals mit dem Antrag des Ortsteilrates Winzerla. Nach kontrover-

sen Diskussionen wurde die Entscheidung zunächst vertagt. Wenige Wochen später stimmte der Ausschuss schließlich einstimmig für die Benennung zum Enver-Şimşek-Platz. Zusätzlich wurde beschlossen, eine Gedenkplakette zu entwickeln, die an die Opfer des NSU erinnert und zugleich die Verantwortung der Stadt Jena thematisiert.

Am 19. September 2020 fand die offizielle Einweihung statt. Seitdem gibt es zum Todestag städtisch organisierte und gestützte Gedenkveranstaltungen.

Erinnerung und Aufklärung entstehen nicht von selbst. Sie müssen eingefordert, erkämpft und immer wieder verteidigt werden.

Der Platz ist Ergebnis eines jahre-
langen Engagements. Entstanden
ist ein offizieller Erinnerungsort in
Jena, der ausdrücklich die Opfer des
NSU in den Mittelpunkt stellt und
zugleich die Verantwortung der
Stadt benennt. Dass dieser Ort heute

selbstverständlich erscheint, verdeckt leicht, wie konflikt-
reich der Weg dorthin war. Über Jahre hinweg waren es vor
allem antifaschistische engagierte Gruppen, Initiativen und
Einzelpersonen, die auf die notwendige Erinnerung an die
Opfer drängten. Die Stadtgesellschaft tat sich lange schwer
damit, die eigene Rolle kritisch zu reflektieren. In Teilen ist
dies immer noch der Fall.

Der NSU-Komplex wird in Jena weiter thematisiert. Die
Erinnerung an die Opfer des NSU sowie die immer noch not-
wendige Aufarbeitung sind kein abgeschlossenes Kapitel,
sondern Teil einer fortdauernden Auseinandersetzung mit
rechter Gewalt, institutionellem Versagen und gesellschaft-
licher Verantwortung.

Gerade darin liegt die besondere Bedeutung der antifa-
schistischen und zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung in Jena.
Sie entstand nicht aus staatlicher Initiative, sondern aus dem
Engagement von Antifaschist*innen. Ohne sie gäbe es weder
den Enver-Şimşek-Platz noch eine zumindest in Teilen der
Stadt verankerte Erinnerung.

Die Geschichte der Aufarbeitung des NSU-Komplexes in
Jena zeigt also vor allem eines: Erinnerung und Aufklärung

entstehen nicht von selbst. Sie müssen eingefordert, erkämpft und immer wieder verteidigt werden. Die Auseinandersetzung mit dem NSU ist deshalb bis heute nicht nur ein Rückblick auf die Vergangenheit, sondern auch eine politische Frage der Gegenwart.

Sie zeigt auch, dass es sich lohnt, durchzuhalten und auch bei Rückschlägen nicht aufzugeben. Diesen langen Atem werden wir nicht nur im Zusammenhang mit der weiter notwendigen Aufarbeitung des NSU-Komplexes benötigen. Danke an alle, die den langen Atem behalten.

»Hier muss was passieren ...«: Proteste in Gera gegen das »Rock für Deutschland«

Interview mit **Peter Lückmann** · Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Gera-Greiz und aktiver Antifaschist aus Gera

SEIT ANFANG DER 2000ER-JAHRE organisierten Neonazis ein Rechtsrock-Festival in Gera. Nach vielen Jahren ohne größere Gegenproteste gab es ab 2013 den Versuch, dem Neonazi-Fest etwas entgegenzusetzen. Peter Lückmann war vorn dabei. Ein Interview über Frust, Mut und Zuversicht.

Seit wann warst du engagiert gegen die Proteste gegen extreme Rechte in Gera?

Ich bin 1984 oder 1985 wegen der Arbeit nach Gera gekommen. Außer einer Unterbrechung von sieben Jahren war ich seither immer aktiv in der Stadt.

Gera war viele Jahre bekannt für das Neonazi-Festival »Rock für Deutschland«, welches zwischen 2003 und 2017 stattfand. Wie war damals die Situation in der Stadt?

Auf der einen Seite war das immer eine Art Entrüstung: Hier muss was passieren, wir müssen Wege und Mittel finden, dass allen in Gera bewusst wird, was da passiert. Und gleichzeitig gepaart mit einem gewissen Ohnmachtsgefühl, und das nun wieder gleichzeitig gepaart mit Wut.



Bürger*innen-Protest in Gera FOTO: MOBIT

Warum?

Weil verantwortliche Behörden, auch politische Kräfte, das nicht so gesehen haben wie wir und aus meiner Sicht dementsprechend nicht gehandelt oder falsch gehandelt haben. Es gab viel Kreativität, Ideen, dem etwas entgegenzusetzen. Das wurde ausgebremst durch behördliches Verhalten, das auf formelle, bürokratische Akte fokussiert war und damit oft Aktivitäten verhinderte.

Es gab also Ohnmacht, Wut, aber auch sehr viel Zuversicht. Damals arbeiteten die demokratischen Parteien auch noch in dieselbe Richtung, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. So waren beispielsweise noch Unternehmer aus den Reihen der FDP dabei, die dem Ganzen auch etwas entgegenzusetzen wollten. Die Beweggründe waren sehr interessant und unterschiedlich.

Im Jahr 2013 habt ihr dann erstmals ein Camp auf dem Platz des Rechtsrock-Festivals durchgeführt. Es war die Idee, neue Aktionsformen auszuprobieren ...

Genau. Es gab also den Unmut, den ich gerade geschildert habe, in verschiedenen Strukturen, und wie das eben unter uns Menschen so ist, muss es jemanden geben, der sagt: »Jetzt setzen wir uns mal hin, jetzt packen wir alles auf den Tisch, und dann gucken wir mal, was wir daraus machen können.« Das hat schon lange genug gedauert. Es war ein Vertreter vom Runden Tisch gegen Rechtsextremismus dabei, ich war damals noch Jugendbildungsreferent des DGB, es war DGB-Jugend dabei, es war IG-Metall-Jugend dabei, es waren einfach Bürgis aus Gera, die antifaschistisch unterwegs waren. Man kannte sich aus den anderen Zusammenhängen mit »Rock für Deutschland«. Dann haben wir uns hingesetzt und haben gemeinsam beratschlagt. Das Ergebnis war dann

»Jetzt setzen wir uns mal hin, jetzt packen wir alles auf den Tisch, und dann gucken wir mal, was wir daraus machen können.«

die Überlegung: Da wo wir sitzen, kann erstmal niemand anders hin, und es muss dann geklärt werden, was dann passiert. Das wir möglicherweise weggetragen werden, war uns klar. Es ging im Kern auch darum, eine Öffentlichkeit herzustellen. Wir wollten die eingefahrenen Pfade verlassen und eben auch der Bevölkerung

zeigen, dass es zivilen Ungehorsam gegen diese Nazi-Veranstaltung gibt. Das war damals auch für uns alles Neuland.

Und dann habt ihr zwei Tage vorher eure Zelte auf einer Grünfläche im Bereich des Nazi-Konzertes aufgeschlagen?

Genau, und dann ging es mit zwanzig bis fünfundzwanzig Menschen und ein paar Zelten los. Ich hatte die Grünflächenordnung der Stadt Gera dabei und konnte der Polizei sagen, dass da Zelten erlaubt ist. So konnten wir erstmal eine direkte Räumung verhindern. Die Polizei war natürlich schwer begeistert davon. Unsere Hoffnung war, dass unsere paar Zelte einen Mobilisierungseffekt haben und wir dann im besten Fall den Platz mit zwei- oder dreihundert Zelten komplett

blockieren können. Da war unser Optimismus leider größer als die Mobilisierung. Wir haben dann drei Mal am Tag im Camp gesprochen, wie es allen geht, und beschlossen, dass wir das bis zum Schluss gemeinsam durchziehen. Am Freitagnachmittag war uns dann klar, dass es uns leider nicht gelingen wird, den Platz endgültig zu blockieren, aber wir haben gemeinsam beschlossen, bis zum Samstagvormittag das Camp zu halten. Samstagmorgen sechs Uhr habe ich die Kundgebung beendet und wir sind dann aber einfach sitzengeblieben. Und wir wurden geräumt. Ich glaube, das hat dazu geführt, dass die Nazis erst später anfangen konnten mit dem Aufbau. Und das hat aus meiner Sicht schon diese Selbstverständlichkeit verändert, mit der das Nazi-Festival dort immer stattfinden konnte.

Weil wir klären lassen wollten, wer hier nun eigentlich das Recht auf den Platz hat: Unsere Veranstaltung, die einen Tag eher losgeht, oder die Anmeldung der Nazis?

Und dann kam 2014. Ihr hattet aus dem ersten Versuch einiges gelernt und wart nochmal besser vorbereitet?!

Genau, 2013 war die Probe. Wir hatten nun einige Erfahrung gesammelt und haben dann das Camp ganz offiziell angemeldet, weil wir klären lassen wollten, wer hier nun eigentlich das Recht auf den Platz hat: Unsere Veranstaltung, die einen Tag eher losgeht, oder die Anmeldung der Nazis? Damit war erneut die Selbstverständlichkeit gebrochen, mit der die Nazis immer am Vortag schon ihre Bühne aufbauen konnten. Und da kam der Herr Dannenberg, der damalige Chef vom Ordnungsamt, der jetzt Oberbürgermeister von Gera ist, und der hat als Erster festgelegt, dass es keinen Vorrang des Erstanmelders gibt. Er hat verfügt, dass auf dem Platz beide Veranstaltungen durchgeführt werden können. Dies musste die Polizei umsetzen. Es gab dann ein breites Programm: zum einen das Camp und zum anderen die große bürgerlichere Veranstaltung mit Bühnen und Programm usw. Wir haben alle an einem Strang gezogen.

Wie habt ihr dann 2014 das Camp organisiert?

Wir haben das alles straff organisiert, vor allem mit der IG Metall zusammen. Da bin ich immer noch sehr stolz drauf. Immer noch IG-Metaller, das war richtig stark! Wir wurden dann rund um die Uhr von den Kolleg*innen versorgt. Es

So haben wir versucht, schon im Vorfeld alle Einfallstore zu schließen, die zu einer Räumung geführt hätten. Planung war da sehr wichtig.

wurde gekocht, gebacken usw. Dann hat die IG Metall noch die Dixi-Klos gestellt und die Ordnungsbehörde ein wenig angeschwindelt. Uns war ja klar, dass wir ohne Toiletten möglicherweise geräumt würden. Also haben sie die Dixis an eine nahegelegene Baustelle gestellt, wo sie nicht aufgefallen sind.

Wir haben sie uns dann einfach rüber gezogen. Problem gelöst. So haben wir versucht, schon im Vorfeld alle Einfallstore zu schließen, die zu einer Räumung geführt hätten. Die Planung war da sehr wichtig.

Also war vor allem die Zusammenarbeit von verschiedenen Menschen, Organisationen usw. wichtig?

Genau. Jeder hat gemacht, was er gut kann: Die einen haben Infrastruktur gebaut, die anderen Verpflegung gemacht, und die lokale Antifa hat die Recherche organisiert und geschaut, ob jemand versucht, uns anzugreifen. Es gab ein musikalisches Programm, es wurden gemeinsam Filme geguckt oder eben auch Vorträge gehalten. Wichtig ist bei solchen Aktionen, dass man einen gemeinsamen Nenner hat, eine Klammer, die alle zusammenhält. Und beispielsweise das Aktionsbündnis besteht ja bis heute weiter. Und ich will das auch deutlich sagen: Das ist eine unheimliche Leistung, dass die Menschen dort in all ihrer Unterschiedlichkeit bis heute weitermachen. Seit über einem Jahr stehen sie wöchentlich vor dem Theater, um den Montagsdemonstrationen etwas entgegenzusetzen, und schaffen es, dass sich dort Menschen unterschiedlichster Couleur wiederfinden. Oft passiert es, dass dann Bündnisse auseinanderbrechen, wenn quasi der gemeinsame Feind wegfällt. Das ist immer sehr bedauerlich.

Wenn du auf diese Aktionen und Protestjahre zurückblickst, was sind für dich die wichtigsten Erkenntnisse?

Jenseits aller anderen Effekte ist es auch, dass wir aus solchen Aktionen etwas ziehen, also Kraft ziehen. Die Grundvoraussetzung ist, dass wir alle an einem Tisch sitzen und da unvoreingenommen reingehen. Wenn alle schon mit festgefahrenen Ideen am Tisch sitzen, kann man nichts gemeinsam organisieren, mit dem sich dann alle auch identifizieren können. Dafür braucht es eine Zusammenarbeit auf Basis eines gemeinsamen Nenners und einen respektvollen Umgang. Und auch die Akzeptanz, dass jeder eben die Aktionen macht, die für ihn in Frage kommen. Für die einen kann es ein Camp sein, bei dem man am Ende weggetragen wird, für die anderen eine Demonstration oder die Organisation einer kulturellen Gegenveranstaltung. Jeder macht, was er sich zutraut. Das ist eine Erkenntnis, eine ganz wichtige. Wir müssen uns auf unsere Stärken konzentrieren und eben auch schauen, wo können wir andere unterstützen, dass auch andere Leute noch selbstständig etwas beitragen können.

Dafür braucht es eine Zusammenarbeit auf Basis eines gemeinsamen Nenners und einen respektvollen Umgang.

Dann ist unser Interview quasi die Blaupause für den gemeinsamen Protest?

Nein, das muss natürlich klar sein. Das kann nur eine Handlungsempfehlung sein, wie man an so ein Problem rangehen kann. Rezepte gibt es nicht. Also wichtig bei der ganzen Geschichte ist, dass du selbstverständlich gucken musst, wie das gesellschaftliche Umfeld ist: Wie ist das Klima, wie reagiert Stadtgesellschaft, welches Standing hast du? Wenn du an den Problemen der Menschen vorbeigierst und irgendwie denkst, du hast eine glorreiche Idee und bist verwundert, warum da keiner reagiert – dann vielleicht, weil du fern jeder Realität bist.

Zwanzig Jahre Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach: »Wir machen das, weil wir es müssen«

Von **Sebastian Krieg** · Bündnis gegen
Rechtsextremismus Eisenach

ICH WURDE VON MOBIT GEFRAGT, ob ich einen Text über unser »Bündnis gegen Rechtsextremismus« in Eisenach, nachfolgend nur »Bündnis« genannt, schreiben würde. Ein Text sollte es sein, aus meiner Sicht, der Mut machen soll in dieser Zeit, in der es so viel gibt, was mutlos machen könnte.

Zuerst dachte ich: »Kein Problem, du kennst das Bündnis seit zwanzig Jahren, was haste alles mitgemacht.« Aber dann kam ich ins Grübeln, ins Zweifeln. So einfach war das plötzlich gar nicht mehr. Natürlich habe ich aus den über zwanzig Jahren des Bestehens des Bündnisses auf meinem Rechner Bilder, Videos und Dokumente, selbst erstellt oder verteilt oder erhalten. Ich habe zwei Ausgaben unseres Stolperstein-Buches in meinem Bücherregal. Und ich habe Erinnerungen, mal mehr konkret, mal weniger.

Aber daraus einen Text zu machen, das ist eine andere Sache. Nach einiger Zeit war ich dann doch überzeugt: »Eigentlich ist alles zusammen, jetzt muss ich es nur noch miteinander verquirlen« – und der Cocktail zum Mutmachen ist fertig. Na, dann lasst uns mal zusammenrühren ...

Warum sind wir?

Es war der 15. Januar 2005. Es war die Zeit der NPD, der Kameradschaften, die Zeit der »Kinderschänder-Demos« der Rechtsextremen. So auch in Eisenach. Die hiesige NPD demonstrierte auf dem Markt, engagierte Menschen kehrten den braunen Dreck danach vom Marktplatz. An diesem Tag gründete sich das Bündnis bei der IG Metall an der Rennbahn. Ich war selbst nicht bei der Gründung dabei, aber ich kenne mindestens einen Menschen, der daran teilgenommen hat. Denn das Gründungsprotokoll existiert und ist bis heute nicht verloren gegangen.

Die hiesige NPD demonstrierte auf dem Markt, engagierte Menschen kehrten den braunen Dreck danach vom Marktplatz. An diesem Tag gründete sich das Bündnis.

Als sich das Bündnis gründete, war eine wichtige Frage: »Wer sind wir, und was wollen wir eigentlich?« Was wir fanden, war unser Selbstverständnis. Ein Selbstverständnis, welches uns als freiwilliges Bündnis definiert, welches sich gegen Rechtsextremismus in jeder Form in der Region wendet.

Ich erlebte das Bündnis das erste Mal beim zweiten Treffen, das war damals im »Rautenkranz«. Wir waren ungefähr zwanzig Menschen. Und ungefähr so viele treffen sich heute auch noch. Vom Mailverteiler werden heute fünfundsiebzig Menschen und Organisationen erreicht. Ich denke, das ist eine gute stabile Basis für das Bündnis.

Was machen wir eigentlich?

Nach der Gründung musste das Bündnis machen, was so ein Bündnis machen musste und muss: Es galt, bei Demonstrationen und anderen Veranstaltungen der NPD ein buntes und lautes Gegengewicht zu sein. Es galt, die Stadtgesellschaft demokratisch zu stärken, sei es durch Feste oder Aktionen. Und das taten wir, immer wieder und unermüdlich, ob als

laufende Demonstration oder als feste Kundgebung. Aber nie allein und nie mit dem Anspruch der Allwissenheit. Wir sahen uns immer nur als ein Teil der Zivilgesellschaft und hatten Partner oder waren Partner bei diesen vielfältigen Veranstaltungen.

Demonstrationen verstanden wir seit unserer Gründung immer als einen bunten, demokratischen Gegenpol in der Stadtgesellschaft, sei es gegen menschenfeindliche Aufmärsche der NPD, sei es gegen die rückwärtsgewandte Deutsche Burschenschaft, gegen Corona-Schwurbler oder die immer stärker werdende AfD. Aber nicht nur in Eisenach waren wir laut und bunt, auch auf Gegendemonstrationen in Vacha, Bad Salzungen, Erfurt, Weimar, Sömmerda, und auch mehrfach am 13. Februar in Dresden unterstützten wir andere Menschen, die für eine solidarische, bunte Gesellschaft gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eintreten.

In Erinnerung bleibt mir ein buntes Demokratiefest auf dem Marktplatz in Eisenach. Der Schriftzug »Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt« als Kerzeninstallation auf dem Pflaster des Marktplatzes in Eisenach ist ein Bild, welches für mich bis heute das Bündnis symbolisiert: klar in der Botschaft, mächtig im Bild. Noch heute findet sich dieses Bild als Ein-

... was uns bei allen Unterschieden und Widrigkeiten zusammenhält: der Wille, eine menschenwürdige Gesellschaft in Eisenach und unserer Region zu erhalten.

stieg in ein Video über das Bündnis, mit welchem wir einen Beitrag zur Ausstellung »Toleranzräume« 2023 auf dem Eisenacher Markt leisteten.

Denn eines ist klar: Wir alle, damals wie heute, machen das hier freiwillig. Wir machen das, weil wir es machen müssen. Wir können uns sehr gut vorstellen, unsere Lebens-

zeit anderweitig zu verbringen. Aber es steckt tief in uns drin, und es ist das, was uns bei allen Unterschieden und Widrigkeiten zusammenhält: der Wille, eine menschenwürdige Gesellschaft in Eisenach und unserer Region zu erhalten. Bis zu Corona hieß das: über bekannte und berechenbare

Akteure wie die NPD, deren lokale Akteure und militante Kameradschaften, Reichsbürger und Burschenschaften aufzuklären und diese als Demokratiefeinde zu entlarven. Und das machten wir: Wir demonstrierten, feierten Demokratiefeste auf dem Markt, machten Foto- und andere Aktionen zu den Kommunalwahlen, meldeten uns in den Medien. Und wir hatten auch Spaß dabei, in der Gruppe gemeinsam für etwas zu stehen. Das erscheint heute fast einfach, denn heute gilt es, viel grundsätzlicher für den Erhalt unserer demokratischen Gesellschaft einzustehen.

Und wir hatten auch Spaß dabei, in der Gruppe gemeinsam für etwas zu stehen.

Mittlerweile bedeutet das, sich nicht nur gegen politische Akteure wie eine NPD, AfD und gewalttätige Gruppen wie »Knockout 51« zu engagieren. Hinzu kommt die Dynamik der unsozialen Medien, welche unberechenbar und bar jeder Verantwortung auf Aufmerksamkeit getrimmt sind und es demokratischen Kräften immer schwieriger machen, die Botschaft eines demokratischen und solidarischen Gemeinwesens in der breiten Gesellschaft zu verankern.

Nie wieder ist immer!

Da ist es wohlthuend, dass sich parallel zu diesen Entwicklungen das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Eisenach zu einem festen und stabilisierenden Standbein des Bündnisses entwickelt hat.

Die Tradition des stillen Gedenkens am 27. Januar in der Eisenacher Karlstraße und das gemeinsame Gedenken von Stadt, Kirchen und Bündnis am 10. November sind die festen Anker im Kalender der Stadtgesellschaft und maßgeblich vom Bündnis mitorganisiert.

Am 5. Juni 2009, auf der letzten Sitzung ohne Rechts-extreme im Stadtrat, entschied sich der Eisenacher Stadtrat für die Stolpersteine als Gedenken an Eisenacher Opfer des Nationalsozialismus. Seitdem wurde an die Opfer des Nationalsozialismus durch die Stolpersteine Gunter Demnig im





»Bunte Vielfalt,
statt brauner Einfalt«:
Kerzeninstallation
des Bündnisses gegen
Rechts Eisenach auf
dem Marktplatz

FOTO: SEBASTIAN KRIEG

Stadtbild Eisenachs erinnert. Das Bündnis war von Anfang ein aktiver Partner der Stadt Eisenach. Wir unterstützten den Initiator Roland Kabisch bereits in seinem Kampf um die Anerkennung der Opfer durch die Stolpersteine seit 2005.

Wir organisieren mit der Stadt jedes Jahr die Verlegung von Stolpersteinen, wir dokumentieren die Stolpersteine in einer Broschüre, inzwischen in einer dritten, internationalisierten Ausgabe. Unser Mitglied Frank Rothe ist inzwischen der Spezialist für die Stolpersteine und die menschlichen Schicksale der Opfer.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass wir immer auf die Unterstützung der Oberbürgermeister*innen der Stadt setzen konnten.

Zudem gedenken wir jedes Jahr am 11. April an die Opfer des KZ-Außenlagers Emma im Eisenacher Ortsteil Hötzelroda; dort gibt es eine Gedenkstele, einen Ort zum Gedenken. Eine durch das Bündnis initiierte Informationstafel ist im Werden.

Aber auch mit dem wiederkehrenden Engagement gegen das jährliche Treffen der Deutschen Burschenschaft als Eigentümerin des Burschenschaftdenkmals zeigen wir, dass

rechtes, reaktionäres Gedankengut in Eisenach ungebeten ist. Durch den Protest gegen den jährlichen Burschentag der Deutschen Burschenschaft, der gerade nach dem Eklat des Fackelmarsches von 2025 wieder ein Thema ist, zeigen wir Gesicht gegen den Charakter dieser rückwärtsgewandten und trotzdem manchem modern erscheinenden rechten Männerbündnisse.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass wir immer auf die Unterstützung der Oberbürgermeister*innen der Stadt setzen konnten: sei es Gerhard Schneider, Matthias Doht, Katja Wolf oder aktuell Christoph Ihling. Auch wenn wir uns im demokratischen Exkurs nicht immer einig waren und es Diskussionen gab, so sind wir immer wieder auf den einen Nenner gekommen: ein demokratisches Eisenach ist vielfältig, bunt und antifaschistisch.

Besondere Unterstützung und Motivation ist die zweimalige Preisträgerschaft beim Thüringer Demokratiepreis:

in den Jahren 2013 mit einem Anerkennungspreis und 2014 als einer der beiden Regionalpreisträger für Südwestthüringen. Mit anderen Menschen und Organisationen Thüringens für eine demokratische Gesellschaft einzutreten und dies durch die Landesregierung gewürdigt zu wissen, ist für ehrenamtliches Engagement unbezahlbar.

Der Autor wird persönlich

Auch das Bündnis ist jetzt 20 Jahre alt. Die Pubertät, die Zeit großer Veränderungen ist vorbei. So hat sich auch das Bündnis verändert. Wir sind professioneller in unserer Organisation geworden. Wir sind auch auf den Sozialen Medien unterwegs. Hier gilt: Qualität vor Quantität, lieber etwas weniger, dafür ehrlich. E-Mail, Chatgruppe und Website sind – je nach Sichtweise – wirksame Außenwirkung oder ungenügend. Perfekt kann niemand sein. Aber Spaß haben wir. Unser veganes Jahresabschlusstreffen mit traditionellem Schrott-Wichteln ist legendär.

In den Jahren unseres Bestehens haben wir uns auch von Menschen trennen müssen, die dem Geist unseres Selbstverständnisses nicht folgen wollten. Davon waren Einzelpersonen genauso wie Parteien betroffen. Das tut weh, hat sich aber im Nachhinein als richtig erwiesen. Genauso kamen neue Menschen zu uns, zuletzt die »Omas gegen Rechts«. Wir haben einen Platz in der Partnerschaft für Demokratie, dem Eisenacher »Netzwerk Vielfalt tut gut«, einem Zusammenschluss von Akteurinnen der Stadtgesellschaft für ein demokratisches Eisenach.

Besondere Unterstützung und Motivation ist die zweimalige Preisträgerschaft beim Thüringer Demokratiepreis.

Ich wurde von MOBIT angefragt, diesen Text zu schreiben, und es hieß auch, »es geht um deine subjektive Ansicht und die Beschreibung der Dinge aus persönlicher Sicht«.

Wie fühle ich mich nach all diesen Jahren als ein kleiner Teil des Bündnisses? Ich bin froh, dass es das Bündnis gibt.

Ich bin froh, dass auch immer neue Menschen neu hinzustoßen. Ich weiß aber auch, dass das Bündnis Teile der Eisenacher Stadtgesellschaft nicht erreicht. Das ist eine Herausforderung, für uns wie für die Eisenacher Zivilgesellschaft. Ich setze die Hoffnung darauf, dass das »Netzwerk Vielfalt tut gut« hierzu in der Lage ist. Denn alle Bemühungen des Bündnisses laufen auf die Notwendigkeit des Erhalts einer demokratischen Stadtgesellschaft in Eisenach und der Region hinaus. Über die Jahre hat sich dieses Ziel für mich nicht verändert, aber es wird schwieriger und unübersichtlicher. Deswegen bin ich froh, dass das Bündnis in Stadt und Stadtgesellschaft derart eingebettet ist.

Es zeigt sich für mich, dass es ein Geben und Nehmen in der Beziehung von Stadt und Bündnis ist. Und das macht Zivilgesellschaft aus: das gegenseitige Stützen und Unterstützen, im Kleinen und Großen. Das ist Demokratie.

Ich widme diesen Text Erika Herrmanns und Sigurd Hoppe.

Kapitel acht

Suhl gegen SÜGIDA: Verantwortung übernehmen, wenn es darauf ankommt

Von **Heidemarie Schwalbe** · Suhler Bündnis für
Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus

ALS ICH 1981 ALS JUNGE LEHRERIN nach Suhl kam, öffnete sich mir eine Stadt, die sofort ein Gefühl von Zuhause vermittelte. Die Stadthalle der Freundschaft, das Thüringen-Tourist-Hotel, das Hochhaus-Café, der Jugendclub »Wilhelm Pieck« oder die Mocca-Milch-Eis-Bar – all diese Orte waren für mich mehr als nur Gebäude. Sie waren Begegnungsräume, voller Leben, voller Geschichten, voller Wärme. Suhl war eine Stadt zum Wohlfühlen, und ich fühlte mich schnell als Teil von ihr.

Viele Jahre später, als ich für eine Ausstellung das Archiv des Suhler Künstlers Herbert König sichtete, stieß ich auf umfangreiches Material zum Friedberg. Dort war 1984 die Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR entstanden. Ein riesiges Areal mit Campus, Wohnheimen, Übungsgelände und einer zwei Kilometer langen Lehrgrenze, einer detailgetreuen Nachbildung der damaligen Staatsgrenze. Niemand konnte damals ahnen, dass dieser Ort nur fünf Jahre später seine ursprüngliche Funktion verlieren würde.

1991, in einer Zeit des Umbruchs, wollten Künstlerinnen und Künstler – unter ihnen auch Herbert König – auf die Vergangenheit dieser Orte reagieren, bevor sie verschwanden. Der Verein »Übungsgelände« entstand, und mit ihm ein

mutiges Experiment: »Übungsgelände – Europa, der Nacken des Stieres«. Drei Wochen lang arbeiteten Künstlerinnen und Künstler aus Ost- und Westeuropa auf dem Friedberg und schufen eine außergewöhnliche Ausstellung. Nicht alles verlief friedlich; Werke wurden zerstört, es gab Diebstähle, und die Stadtverwaltung zeigte wenig Begeisterung. Doch trotz aller Widerstände bleibt dieses Projekt für mich ein Symbol: für Aufbruch, für Kreativität, für den Mut, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen.

2014 erhielt der Friedberg eine neue Bedeutung. Auf dem Gelände der ehemaligen Offiziershochschule wurde eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet. Von Anfang an engagierte sich das Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus und für die Menschen, die hier Schutz suchten. Die Wurzeln des Bündnisses reichen zurück ins Jahr 2007, als sich auf Initiative meiner Schüler:innen des

Über parteipolitische, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg verstehen wir uns als Plattform gegen rechtsextreme Einstellungen, Gruppen und Parteien.

Carl-Fiedler-Gymnasiums rund vierzig Interessierte aus Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Jugendgruppen zusammenfanden. Anlass für die Jugendlichen war die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Suhl und dem Projekt Stolpersteine. Nach mehreren Zusammenkünften entstand im

September 2007 »Suhl bekennt Farbe – Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus«. Unser Ziel war und ist ein demokratisches und gewaltfreies Miteinander in einer vielfältigen Stadt. Über parteipolitische, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg verstehen wir uns als Plattform gegen rechtsextreme Einstellungen, Gruppen und Parteien. Die Verteidigung der Menschenwürde, der Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – all das prägt unser Handeln bis heute. Die evangelische Kirche, allen voran Superintendent Herzfeld, unterstützte uns dabei in beeindruckender Weise. Er arbeitete im Sprecher:innenrat des Bündnisses mit, stand uns jederzeit mit seiner

zutiefst humanistischen Grundeinstellung zur Seite, meldete Veranstaltungen an und moderierte diese. Er war es auch, der die erste Demonstration gegen SÜGIDA anmeldete und aktiv unterstützte. Doch gleichzeitig zeigte sich aber auch in Suhl, wie verletzlich gesellschaftlicher Zusammenhalt sein kann. Rassistische Kundgebungen, organisiert von Neonazis, versuchten die Stimmung zu vergiften.

Eine von zahlreichen Kundgebungen gegen das rechts-extreme Bündnis SÜGIDA auf dem Sühler Markt FOTO: MOBIT

Besonders lebendig bleibt mir die Faschingskundgebung mit Polonaise und Kostümen — ein Moment, in dem Humor und Lebensfreude stärker waren als Angst.

Doch Suhl blieb nicht stumm. Im Dezember 2014 gründeten Engagierte das Aktionsbündnis »#NOSÜGIDA«. Ich erinnere mich an eisige Montagabende, an denen wir mit Reden, Musik,



Tanz, kreativen Plakaten und viel Herz gegen Hass und Ausgrenzung standen. Die Unterstützung der Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und vieler Bürgerinnen und Bürger gab uns Kraft. Besonders lebendig bleibt mir die Faschingskundgebung mit Polonaise und Kostümen – ein Moment, in dem

Viele Suhlerinnen und Suhler wollten helfen, wollten Begegnungen schaffen. Vor allem die Kinder standen im Mittelpunkt.

Humor und Lebensfreude stärker waren als Angst. An diesem kalten Rosenmontag standen wir wieder auf dem Markt; vieles war in den vergangenen Montagen mehrfach gesagt worden, und diesmal wollten wir einfach nur präsent und laut sein. Einige kamen mit Kostümen, und ich hatte Weltmusik und auch einige

Faschingslieder auf meinen Stick geladen. So zogen wir in Reihen oder tanzend über den Markt, und sogar die Polizei hat sich anstecken lassen ...

Währenddessen wuchs auf dem Friedberg eine beeindruckende Solidaritätsbewegung. Viele Suhlerinnen und Suhler wollten helfen, wollten Begegnungen schaffen. Vor allem die Kinder standen im Mittelpunkt. Unter der Initiative von Karin Hornschuch entstand das »Team Sport und Spiel für Flüchtlingskinder«, das später im Bündnis für Demokratie und Toleranz seine Heimat fand.

Alle zwei Wochen, später wöchentlich, öffnete die Turnhalle ihre Türen für Sport, Spiel und unbeschwerte Stunden. Tierparkbesuche, Kinonachmittage, gemeinsame Feste – all das brachte die Kinder ein Stück näher an die Stadt, die für viele von ihnen ein erster sicherer Ort nach einer langen Flucht war.

Als sich die gesellschaftliche Stimmung veränderte, arbeiteten wir weiter – getragen von der Überzeugung der UN-Kinderrechtskonvention: Alle Kinder haben Rechte. Mit geflüchteten Kindern der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) beteiligten wir uns an Veranstaltungen in der Stadt, zum Beispiel bei der Interkulturellen Woche, der Kinderkulturnacht oder beim Tag der Vereine, manchmal sogar mit eigenen Kulturbeiträgen.

Besonders wertvoll sind für mich die Kontakte zu Menschen, die einst in der EAE lebten und heute in Suhl oder Zella-Mehlis zuhause sind. Begegnungen mit Rashid aus Syrien, Ayla aus Afghanistan, Noorhan aus dem Irak oder Kian aus Libyen zeigen mir immer wieder: Integration ist keine Einbahnstraße. Sie braucht Offenheit, Geduld, Unterstützung – und sie schenkt uns im Gegenzug neue Perspektiven, neue Freundschaften, neue Geschichten.

Wenn ich heute auf all diese Jahre zurückblicke, sehe ich einen roten Faden: Suhl ist eine Stadt, die Wandel kennt – und die dennoch immer wieder Orte der Menschlichkeit schafft. Vom Wohlfühlort meiner frühen Jahre über künstlerische Experimente bis hin zu solidarischem Engagement für Geflüchtete: Suhl hat mich geprägt, und ich durfte erleben, wie viele Menschen hier Verantwortung übernehmen, wenn es darauf ankommt.

Diese Erfahrungen tragen mich bis heute. Sie erzählen von Mut, von Zusammenhalt und davon, dass eine Stadt immer das ist, was ihre Menschen aus ihr machen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie braucht Offenheit, Geduld, Unterstützung – und sie schenkt uns im Gegenzug neue Perspektiven, neue Freundschaften, neue Geschichten.

Kapitel neun

Tage der Angst, die Mut hervorbrachten

*Vom Bündnis für Demokratie
und Weltoffenheit Kloster Veßra*

ALS AM 9. MÄRZ 2026 die MDR-Reportage »Neonazi-Konzerte und das Geschäft mit dem Hass – Kein Widerstand im Rechtsrockland?« ausgestrahlt wurde, war es auf einmal wieder da: das unbehagliche Gefühl bei den Bildern der großen Rechtsrock-Konzerte. Die Aufnahmen vom Gedränge der unzähligen Nazis mit ihren Heil- oder Rudolf-Heß-Rufen. Noch heute sorgen genau diese Bilder und Videos für Gänsehaut bei den Menschen, die sich im Sommer 2017 dem bisher größten Rechtsrock-Konzert in Deutschland mit über 6.000 Nazis in den Weg stellten. Ja, viele hatten Angst! Aber genau diese Angst lähmte uns nicht, sondern trieb uns an. Sie war der Grund dafür, dass wir zueinander fanden.

Als Ende 2016 die Ankündigung öffentlich wurde, dass im Sommer 2017 das Festival »Rock gegen Überfremdung II« in Themar stattfinden wird, waren viele verunsichert. Einige von uns hatten noch die Bilder des Konzerts vom 7. Mai 2016 in Hildburghausen im Kopf, als Hunderte teils angetrunkene Nazis durch die Stadt zogen und Menschen einschüchterten und bedrohten. Anfang 2017 trafen wir uns das erste Mal im Gemeindesaal in Themar: Menschen des Bündnisses, Bürger, Vereine, Vertreter der Stadt und der Verwaltungsgemeinschaft sowie MOBIT. Was können wir tun? Was wollen wir tun? Eine Demo? Wer hat denn schon einmal eine Demo angemeldet und durchgeführt? Was macht die Polizei? Ist das alles sicher? Viele Fragen wurden teils hoch emotional diskutiert. Dank MOBIT und der Moderation behielten wir

aber den Überblick. Allen war klar: Wir müssen etwas tun! Wir können nicht zuschauen, wie die Nazis über Themar herfallen. Wir müssen Themar schützen.

Unser Konzept: Wir meldeten an jeder Ein- und Ausfahrtsstraße eine Versammlung an. Durch diese Aktion sorgten wir dafür, dass die Nazis nicht in die Stadt fahren, nicht dort parken und sich mit Alkohol eindecken konnten. Damals klang unser Vorhaben ambitioniert – vielleicht für den einen oder anderen auch verrückt. Dennoch fanden sich ausreichend Menschen, sodass wir an allen sechs Einfahrtsstraßen jeweils am Ortseingang Versammlungen durchführen konnten.

Flyer zu den Protesten gegen das bis heute größte Rechtsrock-Konzert in Themar am 15. Juli 2017

ABBILDUNG: BÜNDNIS
KLOSTER VESSRA

KEIN PLATZ FÜR NAZIS – THEMAR BLEIBT BUNT!

Am 15. Juli findet vor den Toren der Stadt Themar eines der größten Rechtsrock-Konzerte in Europa statt.

Wir werden den Rechtsextremen die Stadt nicht überlassen! An fünf Stationen wollen wir friedlich zeigen, dass Themar bunt und nicht braun ist!

An allen Stationen werden verschiedene Redner vor Ort sein. Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

1 Tachbacher Straße
„Sport frei - von Rassismus“

2 Lengfelder Straße
„Was noch zu sagen wäre...“

4 Römhilder Straße
„Mit allen Sinnen gegen Rechts“

3 Meiningen Straße
„Regenbogenfies - raus aus dem braunen Sumpf“

5 Hildburghäuser Straße
„Keinen Fußbreit den Faschisten - Für internationale Solidarität“

Außerdem: Marktplatz & Kirche am Friedhof mit Frackgeleit.

15.07.2017 10 UHR

Treffpunkt für alle Teilnehmer des Demonstrationzugs: Bahnhof Themar ab 8.30 Uhr
v.l.s.d.p. Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit Künster Welfe / facebook.com/buendnisfuerdemokratieweltoffenheit

Im Großen und Ganzen ist unser Plan aufgegangen. Die Nazis vor den Toren der Stadt Themar hat es vielleicht nicht so getroffen, aber wir hatten unser Ziel erreicht – es waren kaum Nazis in der Stadt. Ja, wir waren stolz auf das, was wir erreicht hatten. Was im Laufe des Abends vor den Toren der Stadt Themar geschehen ist, wurde gut dokumentiert. Viele lokale, überregionale, nationale und sogar internationale

Im Großen und Ganzen ist unser Plan aufgegangen. Die Nazis vor den Toren der Stadt Themar hat es vielleicht nicht so getroffen, aber wir hatten unser Ziel erreicht — es waren kaum Nazis in der Stadt. Ja, wir waren stolz auf das, was wir erreicht hatten.

Medien berichteten damals über die hundertfachen Hitlergrüße vor den Augen der Polizei. Unser Stolz schwand und das Unverständnis wuchs. Wie konnte so etwas passieren? Wir hatten uns getraut, wir haben Mut bewiesen – und dann das?

Ja, auch dies gehört dazu, wenn man über die Entwicklung des »Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra« spricht.

Denn aus diesem Unverständnis wuchs der Mut dazu, auch in Zukunft aktiv und kreativ zu sein. Wir mussten weiter vor Ort dafür kämpfen, damit die nächsten, bereits angekündigten Konzerte nicht einfach reibungslos stattfinden konnten. Wir mussten Verwaltung, Polizei und Politik dazu bewegen, aktiv zu werden. Sie sollten alles Mögliche unternehmen, es nicht zuzulassen, dass Themar erneut zum Veranstaltungsort für Rechtsrock-Konzerte wird.

Stück für Stück wurden wir im Jahr 2017 und über 2018 hinaus mutiger. Wir trauten uns näher an den Veranstaltungsort heran. Bauten Zäune, um zu verhindern, dass das Konzertgelände der Nazis – wie im Jahr 2017 geschehen – erweitert werden konnte. Riesige Banner mit der Aufschrift »Eure Ideologie tötet!« wurden an den Zäunen befestigt, um den Menschen vor Ort zu verdeutlichen, dass die stattfindenden Konzerte nicht harmlos sind, sondern dass der dort gelebte Rechtsextremismus zu Leid, Schmerz und im schlimmsten Fall zu Tötungsdelikten führt. In diesem

Zusammenhang machten wir mit hunderten weißen Holzkreuzen auf die Opfer rechter Gewalt aufmerksam.

Im Jahr 2019 führten wir schließlich direkt neben dem Konzertgelände unsere eigenen Veranstaltungen durch. Uns trennten damals vom Gelände der Nazis gerade mal sechs Meter. Die Angst war gewichen und Mut machte diese Versammlungen möglich. Durch unsere Präsenz und die damit verbundene Gefahrensituation, die nach Einschätzung der Polizei bestand, war es erforderlich, dass die Polizei jeglichen Alkoholkonsum bei den Nazis untersagte und deren alkoholischen Getränke beschlagnahmte. Gleichzeitig folgten viele Hundert Menschen unserem Aufruf, und wir machten klar, dass wir uns von den anwesenden Nazis nicht einschüchtern lassen würden. Es war ein guter und erfolgreicher Tag.

In dieser Zeit, in der wir manchmal auch aufgeben wollten, unterstützte uns MOBIT aktiv. Sie informierten, berieten, diskutierten und lachten mit uns. Ideen wurden entwickelt, Risiken abgewogen, Konzepte und Anträge geschrieben. Es tat uns allen gut, die Beraterinnen und Berater von MOBIT an unserer Seite zu wissen, wenn wir Rat und Zuspruch brauchten.

Nach 2019 veränderte sich die Situation. Nach den großen Konzerten wurde uns als Bündnis klar, dass wir uns neu ausrichten mussten. Bereits in den zurückliegenden Jahren hatten wir bemerkt, dass der Neonazi Tommy Frenck, der das Rechtsrock-Konzert von 2017 zu verantworten hatte, einen erheblichen Zuspruch in der Region erfahren hat. Er konnte zu leicht Räume in der Region besetzen, die niemand sonst nutzte. Er verkaufte sich als der Macher in der Region, der etwas anbietet, der einen Gasthof betreibt, wo andere schließen, der etwas für die ganze Familie offeriert. Das Bündnis und seine Aktiven hingegen hatten es nicht ganz so leicht. Für viele in der Region waren wir die Linken, die nur protestieren und Unruhe in die Orte tragen würden. Natürlich wollten wir das! Wir wollten und wollen noch

Für viele in der Region waren wir die Linken, die nur protestieren und Unruhe in die Orte tragen würden.

immer die Menschen aufrütteln. Wir wollen sie sensibilisieren, dass Nazis und Rechtsextreme gefährlich und schädlich für die Bevölkerung sind, und dass es wichtig ist, gegen ihre menschenverachtende Haltung aufzustehen.

Wir verstanden, dass auch wir die Menschen in der Region anders erreichen müssen. Wir mussten alternative Angebote entwickeln. Sie sollten uns wahrnehmen, uns sehen, uns

Mittlerweile organisieren wir pro Jahr zwischen siebzig und einhundert Aktionen. Insgesamt haben wir seit unserer Gründung über vierhundert Formate umgesetzt. Wir können stolz sagen, dass wir uns von einem Bürgerbündnis zu einem sozialen Akteur in der Region entwickelt haben.

zuhören und erkennen, dass wir uns für sie und die Region einsetzen. Vieles haben wir in den letzten Jahren ausprobiert. Dazu gehören Lesungen, Informationsveranstaltungen, Theateraufführungen, Bus-touren, Konzerte, Feste, Bürgerdialoge, Podiumsdiskussionen und unzählig vieles mehr.

Besonders hervorzuheben sind

hierbei die großen Konzerte der Bands Feine Sahne Fischfilet im Jahr 2019 und Heaven Shall Burn im Jahr 2025. Aber auch die kleinen Konzerte mit Simon und Jan, Tuba Libre oder im Rahmen der Jüdisch-israelischen Kulturtage waren Highlights. Wir erinnern uns auch gern an die vielfältigen und gut besuchten Lesungen, beispielsweise mit Matthias Quent oder Anetta Kahane. Besondere Höhepunkte waren für uns die Kinder- und Familienfeste in den Jahren 2023 und 2025, die wir in Kloster Veßra und Themar durchführten und die von mehreren Tausend Menschen besucht wurden.

Mittlerweile organisieren wir pro Jahr zwischen siebzig und einhundert Aktionen. Insgesamt haben wir seit unserer Gründung über vierhundert Formate umgesetzt. Wir können stolz sagen, dass wir uns von einem Bürgerbündnis zu einem sozialen Akteur in der Region entwickelt haben. Hierzu gehören mittlerweile auch Projekte zur Armuts- und Einsamkeitsprävention. Wir helfen Geflüchteten beim Ankommen und bei der Integration. Wir bieten erlebnispädagogische Angebote und betreiben eine Ausgabestelle der Tafel.

In den zurückliegenden Jahren haben wir gelernt, wie wichtig Vernetzung und Solidarität sind. Viele Menschen, Vereine und Institutionen haben uns aktiv unterstützt beziehungsweise tun es bis heute. Uns ist aus eigener Erfahrung bekannt, wie wichtig es ist zu wissen, dass man in diesen schwierigen und Angst machenden Situationen nicht allein ist. Vernetzung heißt aber auch für uns, dass wir uns mit einbringen. Dass wir Hilfe und Unterstützung anbieten, beraten oder tatsächlich aktiv vor Ort sind. An vielen Demonstrationen, Vernetzungstreffen und Aktionen haben wir in Thüringen und anderen Regionen Deutschlands teilgenommen. Wir haben die Orte unterstützt, die ähnlich wie Themar von Nazis überrannt wurden. Wir waren sehr glücklich darüber, dass wir aktiv in Mattstedt, Kirchheim, Ostritz oder Wunsiedel helfen konnten. Genauso unterstützen wir derzeit die Menschen in Brattendorf, die nunmehr mit Tommy Frenck und den Rechtsrock-Konzerten vor Ort konfrontiert sind.

Demonstration des Bündnisses gegen ein weiteres Rechtsrock-Konzert am 8. Juni 2018 durch Themar und hin zum Veranstaltungsgelände der Nazis

FOTO: MOBIT



Vieles hat sich gewandelt – die Gesellschaft und auch wir. Um wahrgenommen zu werden und um die Menschen zu erreichen, müssen wir auch stets in einem eigenen Wandlungs- und Veränderungsprozess bleiben, ohne dabei unseren Kern – die Arbeit für das demokratische und weltoffene Miteinander sowie den Kampf gegen Rechts – aus den Augen zu verlieren. In diesem stetigen Prozess steht MOBIT mit seinen Beraterinnen und Beratern fest an unserer Seite. Die Beratung, Diskussion und Spiegelung der eigenen Arbeit hilft, auch wenn es manchmal weh tut. MOBIT kennt uns und wir kennen MOBIT. Wir schätzen uns, wir lernen voneinander, wir inspirieren uns gegenseitig, wir kämpfen, wir demonstrieren und wir stehen zueinander.

Wie man »Nie wieder« praktisch umsetzt: Mobilisierung nach der Wahl Kemmerichs 2020

Von **Michael Lemm** · DGB Thüringen
und **Denny Möller** · VER.DI Thüringen

5. FEBRUAR 2020 — MICHAEL LEMM

Der 5. Februar ist einer der Tage, die ich wohl nie vergessen werde. Wir hatten eine IG-Metall-Besprechung im Gewerkschaftshaus in der Schillerstraße in Erfurt und schauten natürlich immer mit einem Auge auf den Livestream des Thüringer Landtages. Linke, SPD und Grüne stellten den bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow als Kandidaten auf. Die AfD-Fraktion wiederum schickte Christoph Kindervater, Bürgermeister von Sundhausen, ins Rennen, der sich selber bei der CDU, der FDP und der AfD für den Posten beworben hatte.

In den ersten beiden Wahlgängen kam keine Mehrheit zustande. Dann folgte der dritte Wahlgang: Kemmerich, der bei der Landtagswahl geradeso die Fünf-Prozent-Hürde geknackt hatte, fühlte sich plötzlich berufen und ließ sich von seiner Fraktion als Kandidat aufstellen.

So weit, so irrsinnig. Wir schauten also im Livestream dem Wahlgang zu, bis plötzlich unsere Kollegin Julia in der Tür stand: »Der Kemmerich ist gewählt!« Wir lachten und dachten: »Guter Witz.« Denn auf unserem Livestream wurde ja noch gezählt. Was wir zu der Zeit noch nicht wussten: Der Landtags-Livestream hatte eine zeitliche Verzögerung zum

Livestream vom MDR, deshalb verging uns relativ schnell das Lachen. Wir schauten fassungslos zu, wie Kemmerich im Plenarsaal erklärte, dass er die Wahl annehme.

Dabei war sofort klar, dass er nur mit den Stimmen der AfD gewählt worden sein konnte, denn deren Kandidat hatte *null(!)* Stimmen. Sie hatten also ihren eigenen Kandidaten fallen gelassen für ein taktisches Manöver, und alle sind darauf reingefallen. Oder war das von Anfang an der Plan? Zu diesem Zeitpunkt war das schwer zu beurteilen. Zumindest kursierten zu dem Zeitpunkt schon Videos von frenetischem Jubel bei CDU-Landtagsmitarbeiter*innen.

Es war eine Mischung aus Wut, Entsetzen und Unverständnis, die sich bei uns breit machte. Im Flur entstand eine Unruhe, wie ich sie dort noch nie erlebt hatte. »Was machen wir jetzt?!«, war die Frage, die im Raum stand. Es stand außer Frage, dass wir einen MP, der mit Stimmen einer rechtsextremen Partei gewählt wurde, nicht

Relativ schnell entschieden wir uns für eine Demonstration vor dem Landtag, um unserer Verachtung für die Annahme dieser Wahl Ausdruck zu verleihen. Es glühten die Telefone, es wurden sms geschrieben, die Messenger explodierten, und es hält sich hartnäckig das Gerücht, dass auch Brieftauben zum Einsatz kamen.

akzeptieren können. Relativ schnell entschieden wir uns für eine Demonstration vor dem Landtag, um unserer Verachtung für die Annahme dieser Wahl Ausdruck zu verleihen. Es glühten die Telefone, es wurden sms geschrieben, die Messenger explodierten, und es hält sich hartnäckig das Gerücht, dass auch Brieftauben zum Einsatz kamen.

Wir fingen an, Schilder zu malen, aus einer Verpackung einer Pinnwand wurde das Holz für die Stiele ausgebaut und die Akkulautsprecherbox aus dem Keller geholt.

Dann zogen wir los. Ich weiß noch, wie ich mich an der ersten Kreuzung umdrehte und wir mit fünfzig bis sechzig Menschen in der Schillerstraße losliefen. Auf dem Weg zum Landtag schlossen sich uns noch weitere Menschen an, doch wir hatten nicht wirklich mit dem Bild gerechnet, das uns



Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz am 15. Februar 2020 als eine der unzähligen Reaktionen auf den Tabubruch zehn Tage zuvor FOTO: MOBIT

am Landtag erwartete: Mindestens dreihundert Leute standen bereits dort und haben darauf gewartet, dass es endlich losgeht. Ich übergab dem Einsatzleiter meine Visitenkarte mit den Worten: »Ich möchte eine Kundgebung anmelden.« Die Antwort war: »Wir haben schon auf Sie gewartet.«

Wir stellten die Box auf eine der Mauern gegenüber dem Landtag und eröffneten die Kundgebung. Und ja: Wir hatten noch keinen Plan, wie der Tag weitergehen würde. Wichtig war uns und all den Menschen, die vor dem Landtag standen, überhaupt irgendwas zu machen.

Relativ bald war die Reichweite unserer Box viel zu klein, um alle Teilnehmer*innen, die in kürzester Zeit nicht nur aus Erfurt, sondern aus ganz Thüringen kamen, zu beschallen. Wir trafen dann die Entscheidung, in die Stadt vor die Staatskanzlei zu ziehen, denn in der Innenstadt gab es ebenfalls

bereits Demonstrationen. Mit der Polizei wurde abgesprochen, dass sie uns die Straßen sperren sollen und wir uns zeitnah auf den Weg machen würden. Als wir gerade loslaufen wollten, rief jemand: »Da ist Kemmerich!« Er stand gerade an einem Fenster und gab einem Fernsehsender ein Interview. Das eröffnete uns die Möglichkeit, ihm persönlich mitzuteilen, was wir von seiner Aktion hielten.

Das eröffnete uns die Möglichkeit, Kemmerich persönlich mitzuteilen, was wir von seiner Aktion hielten.

Nach ein paar Minuten liefen wir dann los, insgesamt mehr als 1.000 Menschen, die bewiesen hatten, dass es uns immer noch möglich ist, kurzfristig Menschen in Thüringen zu mobilisieren – und zwar nicht nur in Erfurt, sondern in ganz Thüringen und auch bundesweit waren Leute auf der Straße. Kurz hinter dem Landtag trafen wir auf die Kundgebung der »Seebrücke«, sodass wir dann schlussendlich mit 3.500 Menschen vor der Staatskanzlei demonstrierten.

Noch an diesem Abend entstand die Idee einer Großdemo, die am 15. Februar auch stattfand.

6.—15. FEBRUAR 2020 — DENNY MÖLLER

Die Nachricht von der Wahl Kemmerichs ging wie eine Schockwelle durch ganz Thüringen und darüber hinaus. Mit so etwas hatte absolut niemand gerechnet, wobei man in Thüringen eigentlich immer mit allem rechnen muss, was irgendwie auch nur im Entferntesten vorstellbar ist – wir nennen das hier den »Thüringen-Faktor«.

Nachdem sich die Fassungslosigkeit am Mittwoch auf der Straße entladen hatte, war aber auch allen klar: Wir können jetzt hier nicht aufhören, es braucht massiven Druck von der Gesellschaft auf der Straße. Also gab es für Freitag ein Treffen, zu dem eine Runde aus Gewerkschafter*innen völlig wild über alle möglichen Verteiler eingeladen hat – weil es eben schnell gehen musste. Klar war: Es hängt jetzt an den zivilgesellschaftlichen Kräften, die ohnehin löchrige Brandmauer lautstark zu verteidigen. Es kam auch relativ schnell

bundesweite Unterstützung vom Bündnis »#Unteilbar«, das 2018 und 2019 mehrere Großdemos mit Hunderttausenden Teilnehmenden in Berlin und andernorts auf die Beine gestellt hatte.

Damit das Treffen nicht völlig im Chaos versinken würde, haben wir uns vorher mit ein paar erfahrenen Aktivist*innen getroffen, eine MOBIT-Mitarbeiterin sogar noch aus dem Auto vom letzten Termin herausrekrutiert und sind schon mal ein paar Gedanken in kleiner Runde durchgegangen. Wir wussten zu dem Zeitpunkt aber schon: Es muss schnell und es muss groß werden! Irgendwer warf den nächsten Samstag als Möglichkeit in den Raum, was natürlich völlig irrsinnig war. Jede*r, der*die schon mal eine größere Demo mit breitem Unterstützer*innenkreis organisiert hat, weiß, was es heißt, alleine nur einen Aufruf abzustimmen, geschweige denn die Gesamt-Orga durchzuführen. Dann hieß es: »Wenn wir das machen, dann müssen wir es jetzt entscheiden und *jetzt(!)* der großen Runde vorschlagen!« Also haben wir uns in die Augen geschaut in dem völligen Bewusstsein, dass das eigentlich alles nicht machbar ist, und uns zugenickt.

Wir wussten zu dem Zeitpunkt aber schon: Es muss schnell und es muss groß werden!

Das anschließende Plenum im »Filler«¹⁷, was wie erwartet zum Bersten voll war, hat dem Plan dann zugestimmt. Es herrschte eine unglaublich kämpferische Atmosphäre in dem Raum, alle waren wie elektrisiert, und es war gut zu sehen, dass nach dem Schock bei allen der dringende Wunsch vorhanden war, gemeinsam aufzustehen und sich zu widersetzen. Während also das »Auf die Plätze«-Bündnis und die »Omas gegen Rechts« den täglichen Protest auf der Straße und vor der Staatskanzlei gewährleisten, haben wir eine Großdemo auf die Beine gestellt.

Alles was danach passierte, lässt sich eigentlich nur als völliger Wahnsinn beschreiben. Die Schillerstraße wurde

¹⁷ Offenes Jugendbüro der Gewerkschaftsjugend, ebenfalls in der Schillerstraße 44 (im Hinterhaus)

zu einem Bienenstock: Wer den Tisch gerade frei machen konnte – was eigentlich niemand konnte, aber allen war klar, dass es jetzt eben drauf ankommt –, war in die Orga einbezogen. Wir mussten ja die komplette Struktur von AGs, KoKreis¹⁸, Plenum etc. innerhalb weniger Stunden aus dem Boden stampfen. Ich kann gar nicht mehr sagen, in wie vielen Telkos, Vikos, AG-Sitzungen, Plena, KoKreis-Runden ich saß. Die Leute, die an der Orga beteiligt waren, haben teilweise bis spät in die Nacht gearbeitet. Ich kann mich noch an eine Sitzung erinnern, als ein Kollege der Linken uns einen Beutel Knackwurst vom Fleischer mitgebracht hat, damit wir alle durchhalten. Das war so eine absurde und niedliche Geste, dass auch die Vegetarier*innen im Raum lachen mussten. Vielleicht war es aber auch eher aus Erschöpfung, denn es wurde schnell deutlich, wie emotional und physisch zehrend das Ganze war. Aber in jeder dieser Runden wurde die

¹⁸ Koordinierungskreis, bestehend aus den Delegierten der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Verantwortlichen einer Demonstration

Spitze der Demonstration am 15. Januar 2020 FOTO: MOBIT



Unterstützer*innen-Liste größer. Vor allem aus den anderen Gewerkschaftsbezirken aus ganz Deutschland kamen täglich bestärkende Nachrichten wie: »Frankfurt kommt mit zwanzig Bussen – haltet durch.« Natürlich gab es auch zahlreiche Reibereien, Wutausbrüche und aus heutiger Sicht absolut sinnlose Konflikte.

Aber der Vorteil davon, eine Großdemo innerhalb einer Woche zu organisieren, ist eben auch, dass alle zum Pragmatismus gezwungen werden.

Der Vorteil davon, eine Großdemo innerhalb einer Woche zu organisieren, ist eben auch, dass alle zum Pragmatismus gezwungen werden.

Donnerstag und Freitag begann dann auch langsam die Nervosität: Was wird passieren am Samstag? Werden so viele kommen wie erhofft, bei nicht mal einer Woche Mobilisierung und mitten im Februar? Klappt alles mit Bühne, Bands und Redner*innen? Was haben wir vergessen und was könnte uns auf die Füße fallen? Passt die Route?

Und dann war es so weit: Samstag, quasi noch mitten in der Nacht, standen wir frierend, völlig übermüdet und aufgeregt vor der riesigen Bühne am Domplatz. Und dann trudelten so langsam die Teilnehmer*innen ein. Wir hatten extra eine Orga herangeholt, die sich mit der Zählung von Teilnehmenden auskennt, damit wir uns nicht allein auf die Zahlen der Polizei verlassen müssen. Dann ging es Schlag auf Schlag. »Wir sind schon 2.000 und das eine Stunde vor Demobeginn.« »Jetzt 5.000.« – Irgendwann waren wir bei 12.000, und der Strom aus den Straßen der Stadt zum Domplatz, den ich von der Bühne aus sehen konnte, riss nicht ab. Viele von den Helfer*innen hatten angesichts dieses Mobilisierungserfolges ein Dauergrinsen im Gesicht.

An das Programm und alles kann ich mich fast nicht mehr erinnern, aber die Stimmung auf dem Domplatz war kämpferisch. Als sich die Massen dann zur Laufdemo in Bewegung setzten, wurde mir überhaupt erst klar, wie unfassbar viele Menschen eigentlich auf den Beinen waren – und auf der Route durch die Stadt haben sich immer mehr Menschen angeschlossen. Als die Demospitze schon fast in der Innen-

stadt angekommen war, standen am Domplatz immer noch Leute. »Wir zählen 18.000 gerade auf der Route«, war der letzte Stand, den wir dann auch veröffentlicht haben. Ich bekomme heute noch Gänsehaut, wenn ich an diesen Funk-spruch denke und ich parallel durch die Gassen vor mir die Sprechchöre der Demonstrant*innen höre.

»Hiermit beende ich die Demonstration.« Als ich das ins Mikro sagen konnte, war es, als habe mir jemand eine Tonne Steine, die ich vorher gar nicht so richtig gemerkt habe, vom Körper genommen. Den Orga-Leuten um mich herum schien es ähnlich zu gehen. Einige setzten sich erst mal und atmeten durch. Der Kollege von der GdP¹⁹ öffnete just in dem Moment den Begleit-Van und holte einen Kasten Bier raus – die Demo war ja beendet. Und während der Kollege Lemm sich dem Abbau widmete, habe ich in dem Moment erst verstanden, was hier gerade passiert ist: Zusammen mit all den Menschen, die in den verschiedenen Orten in Thüringen und bundesweit auf die Straße gegangen sind, haben wir einen Ministerpräsidenten, der mit Stimmen der AfD gewählt wurde, mit demokratischen Mittel zum Rücktritt gezwungen – Kemmerich trat schon am 8. Februar, nur drei Tage nach seiner Wahl, angesichts des massiven Widerstands von seinem Amt wieder zurück. Wir haben mit 18.000 Menschen ein Zeichen gesetzt, das noch lange im kollektiven Gedächtnis bleiben sollte, und wir haben die Gewissheit geschaffen, dass wir alle bereit sind, bis ans Äußerste zu gehen, um im Ernstfall alles aufzubieten, was wir haben.

Gerade an Tagen, an denen ich nicht mehr so richtig weiß, wie es mit dieser Demokratie hier weitergehen soll, denke ich an diesen Tag zurück und ziehe Kraft aus dieser Gewissheit.

¹⁹ Gewerkschaft der Polizei

CORRECTIV-Demo in Erfurt: Am Anfang einer Bewegung

Von Niki · »Auf die Plätze«-Bündnis Erfurt

UNFASSBAR, DASS ICH NACH einer solchen Nachricht einfach auf meinem Handy weiterscrollte, denke ich. Ich bin zwar nicht wirklich überrascht darüber, was für eine Zukunft sich ein Björn Höcke, ein Martin Sellner oder ein Hans-Georg Maaßen ausmalen. Nicht nur einmal bin ich bisher in Erfurt auf die Straße gegangen, um gegen Rechtsextremismus, Rassismus und die AfD zu protestieren. Ich habe ihre Reden gehört, ihre Slogans gelesen und ihre Videos in meiner Social-Media-Timeline gesehen. Rechte Parolen sind nichts, das ich nur mit Springerstiefel-Seitenscheitel-Nazis verbinde. Ich kenne sie von Familiengeburtstagen, aus der Straßenbahn ... Nicht nur die AfD fordert Abschiebungen – immer mehr, immer schneller. Auch die CDU rüstet rhetorisch nach – und die Ampelregierung beginnt von Rot bis Grün, rassistische Ideen in Gesetze zu gießen.

Und ich denke nach dem CORRECTIV-Artikel: Es ist doch verrückt, dass es keine Proteste gibt. Hier treffen sich hochrangige AfD-Politiker, finanzstarke Unternehmen und CDU-Mitglieder mit einem rechtsextremen Polit-Strategen und diskutieren, wie man es Menschen mit Migrationsgeschichte

»Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.«

CORRECTIV, 10. JANUAR 2024

hier so unbequem wie möglich machen kann. Wie man ihnen jede noch verbleibende Sicherheit nehmen und sie letztendlich aus Deutschland vertreiben kann. Und zwar im vollen Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich keine Ahnung, dass wenige Tage später der gesamte Erfurter Domplatz voller Menschen sein würde. Voller Menschen, die wütend, entsetzt, beängstigt – oftmals sogar zum ersten Mal in ihrem Leben so wirklich emotional von einem politischen Ereignis betroffen waren. Ich wusste nicht, dass die Demo der Anfang einer Reihe von Massenprotesten gegen die AfD sein würde – nicht nur in Erfurt, auch in Gera, Mühlhausen oder Bad Lobenstein. Ich ahnte noch nicht, dass aus unserem lockeren Bündnis, das hin und wieder Gegendemos organisiert, eine starke Struktur und enge Freundschaften hervorgehen würden.

Es ist eine Oma gegen Rechts, die – eine Weile, nachdem ich in meinem Frust versunken bin – in unserer Signal-Gruppe fragt: »Sollten wir nicht 'ne Demo für Montag anmelden und das AfD-Büro (wo ist das überhaupt) besuchen?« Schnell entfacht eine angeregte Diskussion: Wer ist überhaupt da? Wie funktioniert das rechtlich auf die Schnelle? Haben wir

Und dann geht alles ganz schnell: Menschen bieten an, einen Lautsprecherwagen zu fahren, eine Pressemitteilung zu schreiben, die Demo zu moderieren.

genug Zeit, um uns darum zu kümmern? Und brauchen wir nicht noch ein ganzes Sicherheitskonzept? Statt auf eine Demo am Montag einigen wir uns nach viel Hin und Her auf ein Plenum am Montag. Hier wollen wir versuchen, eine Demo für das nächste Wochenende auf die Beine zu stellen.

Ein paar wenige Tage zur Vorbereitung dürfen es sein. Und dann geht alles ganz schnell: Menschen bieten an, einen Lautsprecherwagen zu fahren, eine Pressemitteilung zu schreiben, die Demo zu moderieren. Andere melden zum ersten Mal in ihrem Leben eine Demo an und telefonieren mit der Versammlungsbehörde. Wieder andere stellen eine Demo-Playlist zusammen, verteilen Plakate in der Stadt und koordinieren Anfragen für Rede-

beiträge. Unsere Signal-Gruppe steht von da an nicht mehr still.

Zum ersten Mal dämmert uns, dass diese Mobilisierung vielleicht den bisherigen Rahmen sprengen würde, als nach wenigen Tagen mehr als 2.000 Menschen unseren Post auf Instagram gelikt haben. Ungewöhnlich viele für unseren kleinen Account. Wir fangen an zu zweifeln, ob wir mit unserer Handvoll Lautsprecherboxen so viele Menschen würden beschallen können. Doch aus allen Richtungen bekommen wir Unterstützung angeboten, Tontechniker*innen aus Erfurt melden sich bei uns, und eine Berliner Veranstaltungstechnikfirma schlägt vor, Delay-Tower aufzubauen – niemand von uns weiß so genau, was das ist. Am Ende werden wir für all das sehr dankbar sein.

Am Tag vor der Demo ist dann die ganze Stadt von etwa zwanzig Zentimetern Neuschnee bedeckt. Die Versammlungsbehörde ruft an: Die Versammlungsfläche ist nicht geräumt. Okay, aber das lässt sich doch bestimmt noch einrichten!?, fragen wir ungeduldig. Schließlich erwarten wir am nächsten Tag mehrere Tausend Menschen – und selbst den Jüngeren unter uns fällt es schwer, durch die Schneemassen am Domplatz zu stapfen. In der Behörde werden sämtliche beteiligten Abteilungen zusammengeschaltet – Ausgang ungewiss. Unterdessen melden sich in unserer Gruppe die ersten Menschen, die Schneeschaukeln bereitstellen und beim Räumen der 14.000 Quadratmeter eigenhändig mit anpacken wollen. Als die Stadt weiterhin nicht einlenkt, organisiert einer von uns schließlich einen Schneepflug und kündigt an, die Wege am Nachmittag freizuräumen. So weit kommt es schließlich doch nicht. Dank des beharrlichen Einsatzes einzelner Menschen in der Stadtverwaltung kümmern sich letztendlich doch die Stadtwerke darum, Schneeberge aufzutürmen, die die

**Die Versammlungs-
behörde ruft an: Die
Versammlungsfläche
ist nicht geräumt.
Okay, aber das lässt
sich doch bestimmt
noch einrichten!?,
fragen wir ungeduldig.
Schließlich erwarten
wir am nächsten Tag
mehrere Tausend
Menschen.**





Correctiv-Kundgebung
auf dem Domplatz Erfurt

FOTO: ANNALISA LOTZ

Fotograf*innen später dankbar als Presse-Podeste verwenden. Doch in dieser absurden Situation merken wir, wie sehr wir uns aufeinander verlassen können.

Ab dem frühen Morgen bauen zig Menschen Lautsprecher und Bühnen auf, verteilen Apfel-Schnitten und Heißgetränke an frierende Helfer*innen und geben erste Interviews. Wir sind nervös, ob nun wirklich so viele Leute zusammenkommen werden wie erhofft. Immer mehr strömen auf den Domplatz. Bald wird klar: Die Straßen, durch die wir mit dem

Zehntausend Menschen stehen mitten in Erfurt, sie rufen »Alle zusammen gegen den Faschismus« und »Alerta, alerta, antifascista«.

Demozug eigentlich laufen wollten, sind viel zu eng. Wir müssen spontan die Demoroute ändern. Zehntausend Menschen stehen mitten in Erfurt, sie rufen »Alle zusammen gegen den Faschismus« und »Alerta, alerta, antifascista«. Auf der Bühne sprechen Menschen, die sich in Erfurt und in

Ostdeutschland gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Sie berichten darüber, was die CORRECTIV-Recherche bei ihnen ausgelöst hat, und erklären, was die AfD zu einer rechtsextremen Partei macht. Einige analysieren die Ursachen des Rechtsrucks in der Gesellschaft und benennen die Verantwortung der regierenden Parteien. Andere beschreiben, welche Ungerechtigkeiten Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen oder von Rassismus betroffen sind, jetzt schon erleben. Alle betonen: Gegen rechte, rechtsextreme und unsolidarische Politik müssen wir alle gemeinsam zusammenstehen.

Nachdem alle Protestierenden nach Hause gegangen sind und die Technik in Lkws verladen ist, beschließen wir, noch auf den gemeinsamen Kraftakt anzustoßen. Mit einer großen Gruppe Menschen finden wir überraschend schnell einen Platz im Restaurant. Hier wärmen wir uns auf und beginnen erst zu begreifen, was uns mit dieser Demo gelungen ist. Zusammen schauen wir uns die zahlreichen Bilder an, die Teilnehmende in den sozialen Medien geteilt haben. Wir lesen erste Medienberichte und schalten dann die Tagesschau

ein. Jackpot – die Bilder unseres Protests in Erfurt laufen in dieser Minute über die Fernsehbildschirme in ganz Deutschland! Auf unseren Handys kommen viele Nachrichten und Kommentare an: »Ihr habt was ganz Großartiges geschafft.« – »Nicht lange fackeln, einfach machen.« – »Es tat gut, so viele Leute zu sehen.« – »Meine Freunde aus Syrien haben mich gebeten, euch zu sagen, dass sie mega dankbar sind und jetzt wieder etwas Hoffnung haben.«

Wenn wir heute zurückblicken auf die großen Proteste im Januar 2024, an denen sich bundesweit über eineinhalb Millionen Menschen beteiligt haben, kommen wir um eine gewisse Bitterkeit nicht umhin. Die AfD hat seitdem in mehreren Wahlen die stärksten Wahlergebnisse ihrer Geschichte eingefahren. Auf Bundesebene hat die Union erstmalig mit der AfD einen Antrag beschlossen. Das gesellschaftliche Klima wird noch rauer als ohnehin schon – besonders geflüchtete Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen, die von Armut betroffen sind, fürchten mehr denn je um ihre grundlegenden Rechte. Darüber können wir nicht hinwegsehen. Warum die Massenproteste nicht zu einem ebenso großen politischen Erfolg für Solidarität und Demokratie geführt haben, wird an vielen Stellen diskutiert.

Hier soll es darum gehen, was bleibt. Die Proteste gegen die AfD haben – auch in Erfurt – Tausende Menschen bewegt. Viele von ihnen sind zum ersten Mal auf der Straße gewesen.

Viele von denen, die 2024 auf dem Domplatz demonstriert haben, organisieren sich jetzt an unterschiedlichsten Stellen.

Hier ist eine Struktur für Massenproteste mit jeder Menge Expertise gewachsen, auf die wir auch bei zukünftigen Krisen zurückgreifen können. Die Frage, mit welchen Aktionen wir als Bewegung was erreichen können, beschäftigt unzählige Menschen. Viele von denen, die 2024 auf dem Domplatz demonstriert haben, organisieren sich jetzt an unterschiedlichsten Stellen: Sie blockieren Parteitage der Rechtsextremen. Sie tauschen Bargeld gegen Supermarkt-Gutscheine, um die herabwürdigenden Bezahlkarten für Geflüchtete zu

umgehen. Sie kämpfen in den Betrieben für bessere Bezahlung und fairere Arbeitsbedingungen. Sie sind gute Freund*innen geworden, die füreinander da sind, gemeinsam lachen und tanzen und die sich langfristig für eine gerechtere Gesellschaft organisieren. Bei allen Erfolgen, die die AfD feiert, sind das die Dinge, die uns die extreme Rechte nicht nehmen kann. Dafür wird uns der 20. Januar 2024 in Erinnerung bleiben.

Kapitel zwölf

Der Osten bleibt stabil: Wir wi(e)dersetzen uns dem AfD-Bundes- parteitag in Riesa!

Von den Bündnissen »Rechtsruck Stoppen«
und »Widersetzen« Jena

ES IST SAMSTAG, DER 11. JANUAR 2025. Kurz nach drei Uhr fahren wir auf eine Autobahnraststätte hinter Gera. Tiefes Durchatmen. Sind alle rechtzeitig losgekommen? Wie viele Busse sind wirklich da? Ist die Polizei schon vor Ort? Tiefes Durchatmen. Wir fahren auf. Und dann sieht man es: Ein Bus nach dem anderen – vom ersten, in dem ich sitze, kann ich den letzten nicht sehen. Über fünfzehn Reisebusse, gefüllt mit rund achthundert bis zu den Zähnen motivierten Thüringer Antifaschist*innen. Wir steigen aus und fallen uns in die Arme. Sie sind alle da: die Genossin aus Erfurt, der Freund aus Eisenach und so viele andere auch. Die Euphorie und Aufregung sind zum Greifen nah. Wir steigen wieder ein. Jetzt geht's los, jetzt geht's ans Widersetzen. Konvoi Thüringen ist auf dem Weg. Nächster Halt? Der Bundesparteitag der rechtsextremen AfD in Riesa.

Aber nochmal ein Schritt zurück. Wie kam es eigentlich dazu? Wie kam es zu einer der größten – wenn nicht sogar der größten – Mobilisierung von Thüringer Antifaschist*innen zu einer Aktion des zivilen Ungehorsams außerhalb der eigenen Heimat?

Mit dem AfD-Bundesparteitag in Riesa gab es den zweiten Versuch einer großangelegten Massenaktion des bundes-

weiten Bündnisses »Widersetzen«. Das Bündnis hat es sich zum Ziel gesetzt, mit massenhaftem zivilen Ungehorsam der AfD, dem aufkeimenden Faschismus und rechter Politik entgegenzutreten. Der Ansatz ist bewusst offen: Ob Gewerkschafterin, Großmutter, Klimaaktivistin oder Jugendliche – alle sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Mit der vorherigen Aktion in Essen im Sommer 2024 wurde ein erster Meilenstein gesetzt. Dort war es nach relativ kurzer Mobilisierung möglich, rund 6.000 Widersetzer*innen zu aktivieren und den Parteitag für kurze Zeit zu verzögern. Damals bei zweiunddreißig Grad im Sommer, diesmal im Zwiebellook bei Minusgraden nach Riesa.

Doch ein weiteres Ereignis war für die Mobilisierung entscheidend: Am 20. August 2024 verhinderten engagierte Jenaer Bürger*innen den geplanten Auftritt des Faschisten Höcke. Während einer Demonstration blieben an den wichtigen Zufahrten zum Stadtteilzentrum LISA in Lobeda immer wieder vor allem junge Menschen sitzen – und plötzlich war für den AfD-Chef kein Durchkommen mehr. Mit diesem Sieg im Hinterkopf war die Motivation für Riesa kaum zu brem-

Dieser Erfolg fand nicht nur in Jena und Thüringen Anklang. In nachfolgenden Strategiekonferenzen von »Widersetzen« wurde immer wieder vom »Jenaer Modell« gesprochen.

sen. Und es zeigte sich schnell: Dieser Erfolg fand nicht nur in Jena und Thüringen Anklang. In nachfolgenden Strategiekonferenzen von »Widersetzen« wurde immer wieder vom »Jenaer Modell« gesprochen.

Nun war es so weit. Die Ampel zerbrach, die Bundestagswahl wurde in den Februar verschoben – und damit auch der AfD-Bundesparteitag. Viele Thüringer Antifaschist*innen waren noch erschöpft von einem langen und kräftezehrenden Wahljahr 2024. Doch ein Bundesparteitag stand hier im Osten an – und schnell war uns klar: »Der Osten bleibt stabil.« Unter diesem Motto stand fest: Wir wollen zeigen, dass die AfD hier keinen entspannten Parteitag machen kann. Dass sie auch hier mit Widerstand rechnen muss.

Wir fahren da hin. Und dieses Mal nicht nur mit zwei Bussen wie nach Essen, sondern mit mindestens doppelt so vielen. Unser Ziel war klar: Die AfD darf sich nicht als Ostpartei inszenieren. Wir wollen deutlich machen, dass wir eine Alice Weidel niemals als Bundeskanzlerin akzeptieren werden. Und wir wollen zeigen: Wenn wir Schulter an Schulter zusammenstehen, uns einhaken, dann können wir diesen Parteitag der Faschisten nicht nur verzögern – sondern verdammt nochmal blockieren.

Wenn wir Schulter an Schulter zusammenstehen, uns einhaken, dann können wir diesen Parteitag der Faschisten nicht nur verzögern – sondern verdammt nochmal blockieren.

Erschöpft, aber voller Motivation wurde ein Mobi-Foto geschossen, und die Dynamik nahm ihren Lauf. Aktionstrainings, Erste-Hilfe-Schulungen unserer Sanitäter*innen, Infoveranstaltungen und Kennenlern-Abende folgten in den nächsten Wochen. Wir merkten schon zu diesem Zeitpunkt: Da geht richtig was. Das Mobi-Rad drehte sich weiter: Graffiti, Kreideaktionen, Plakate in der ganzen Stadt oder sogar ein Rap-Konzert auf dem Holzmarkt. Jeder wusste bald: Am 11. Januar fahren wir nach Riesa.

Wenn fünfzig Bustickets im Späti unseres Vertrauens auslagen, waren sie teilweise nach zwanzig Minuten vergriffen. Für die Orga wurde es irgendwann fast unmöglich, weitere Busse zu organisieren; es gab schlicht keine mehr in Thüringen – was vielleicht auch am zur selben Zeit stattfindenden Biathlon-Weltcup in Oberhof lag. Aber es war klar: Alle wollten mit. Alle hatten Bock.

Nach einer letzten Abreise-Veranstaltung war es so weit. Am Abend vorher habe ich mich noch mit meiner Bezugsgruppe zum gemeinsamen Kochen getroffen. Wir hatten einen schönen Abend, haben gegessen und über unsere Hoffnungen und Ängste gesprochen. Es war klar: Das wird spannend. Aber nichts ist besser, als sich gemeinsam mit Freund*innen dem Faschismus in den Weg zu stellen. Niemals allein, immer gemeinsam.

Nach viel zu wenig Schlaf checke ich nochmal meinen Rucksack: Sitzunterlage, Wechselkleidung, Verpflegung, warmer Tee – check. Es kann losgehen. Je näher ich dem Abfahrtsort in Jena komme, desto mehr Menschen tauchen auf den Straßen auf – alle gekleidet wie ich. Von außen könnte man denken: Entweder geht's in die Berge oder nach Riesa, den Faschist*innen den Tag versauen.

**Es hat sich jetzt schon
gelohnt. Die ganze Arbeit
hat sich gelohnt. Jedes
Mal, wenn ich an diesen
Moment denke, bekomme
ich Gänsehaut.**

Gut organisiert geht es los. Alle sind pünktlich da, die Stimmung ist fantastisch, wir sind vorbereitet. Wir aus Jena fahren los.

Tiefes Durchatmen. Jetzt sind wir wieder am Anfang dieser Geschichte angekommen. Als wir von der Raststätte weiterfahren, ist klar: Es hat sich jetzt schon gelohnt. Die ganze Arbeit hat sich gelohnt. Jedes Mal, wenn ich an diesen Moment denke, bekomme ich Gänsehaut.

Oft ist der politische Alltag frustrierend. Man engagiert sich, und trotzdem hören die negativen Nachrichten nicht auf. Man würde sich am liebsten vor den Fernseher setzen, die nächste Folge schauen und vergessen, dass die Miete schon wieder gestiegen ist und man sich kaum noch einen Döner leisten kann, weil er einfach so verdammt teuer geworden ist. Aber wir haben uns entschieden, nicht weiter zuzuschauen. Wir sind nicht passiv. Wir gehen in die Offensive. Wir nehmen den Lauf der Dinge selbst in die Hand. Und das nicht allein, sondern gemeinsam – mit den bekannten Gesichtern vor mir und den unbekannten im Bus hinter mir.

Nach einer entspannten Fahrt durch den sächsischen Winter geht es plötzlich los. Wir sind da. Warnwesten anziehen. Und dann steigen wir aus, achthundert Menschen, alle mit diesen gelben Westen. Es ist noch völlig dunkel, und dann heißt es: Auf geht's! Adrenalin völlig da, wir laufen gemeinsam los – auf geht's, ab geht's, Widersetzen!

Wir sind nicht direkt in Riesa, sondern in einem Vorort gelandet. Dort setzen wir uns genau vor die Ausfahrt der

Shuttlebusse, die die AfD-Delegierten transportieren sollen. So schnell kommen die hier erstmal nicht weg.

Jetzt geht langsam die Sonne auf, die Polizei wirkt überfordert von der schier unendlichen Anzahl motivierter Aktivist*innen, die sich mit guter Stimmung und warmer Kleidung singend dem Faschismus entgegenstellen.

Nachdem wir dort unseren Job erledigt haben, geht es weiter zum nächstgelegenen Bahnhof. Um sieben Uhr morgens ziehen wir lautstark durch ein kleines sächsisches Dorf, während die meisten wahrscheinlich noch schlafen. Nach der Aktion sagt ein junger Aktivist zu mir: »Das war für mich so krass – um sieben Uhr morgens durch so ein kleines Dorf zu ziehen, und alle sind am Start. Meine Mitbewohner*innen, meine Friends – alle hier wegen einem Ziel: den Parteitag der Faschisten zum Desaster zu machen. Das war so bestärkend.«

Wir quetschen uns in den Regio nach Riesa, um weitere Blockaden zu unterstützen. Jetzt wird das Ausmaß sichtbar. Die ganze Stadt ist voll. Straßen sind gefüllt mit unserer

Demonstrant*innen ziehen durch Riesa. FOTO: ROTE LINSE



Solidarität. Riesa ist heute nicht die Stadt eines AfD-Parteitages, sondern ein Ort gelebter Solidarität. Ein Ort, an dem klar wird: Wir geben nicht auf. Wir stellen uns der AfD entgegen – in Jena, in Sömmerda und eben auch hier in Riesa.

Die Stimmung ist gut. Wir sehen Bilder der leeren Energiesysteme-Arena, der Beginn verzögert sich um Stunden. Delegierte kommen erst viele Stunden später an. Es wird klar: Heute geben wir den Ton an!

Nachdem wir uns nach einer erfolgreichen Blockade langsam zurückziehen wollen, eskaliert die Polizei und treibt Aktivist*innen wie eine Schafsherde vor sich her, schlägt um sich und setzt Pfefferspray ein. Es wirkt, als wollten sie sich rächen. Ein bis dahin erfolgreicher Tag bekommt für einige ein bitteres Ende. Zum Glück sind wir füreinander da. Die Sanitäter*innen kümmern sich um Verletzte. Die Rückfahrt erfolgt nach längerem Frieren – aber das Wichtigste ist: Wir sind gemeinsam unterwegs zurück. Keine*r wird zurückgelassen und jetzt können wir uns wieder aufwärmen.

Erschöpft, aber stolz sitzen wir in den Bussen. Einige schlafen sofort ein, andere tauschen sich aus, wieder andere reden über den neuesten Gossip aus der Saalestadt. Und dann kommen wir in Jena an – und werden von einem Begrüßungs-

**Eine mir fremde Person
drückt mir einen warmen
Tee in die Hand und sagt:
»Danke für deinen Einsatz!«**

komitee mit Snacks und Getränken empfangen. Eine mir fremde Person drückt mir einen warmen Tee in die Hand und sagt: »Danke für deinen Einsatz!« Wie schön es ist, wieder zuhause zu sein. Dieses Gefühl von

gegenseitiger Dankbarkeit ist schwer zu beschreiben. Ob in der Orga, in den Unterstützungsstrukturen oder auf der Straße – alle sind essenziell für das Gelingen.

Eine Woche später treffen sich rund zweihundert Wider-setzer*innen zur Nachbereitung. Die Eindrücke sind unterschiedlich. Einerseits gebeutelt von Repression und Polizeigewalt und davon, dass der Parteitag nicht vollständig verhindert wurde. Andererseits enorm motiviert – wegen dieses Gefühls, das solche Aktionen geben. Dieses Gefühl gibt dir

nichts anderes. Und weil uns allen bewusst ist: Das war erst der Anfang. Viele sind entschlossen, weiterzumachen. Andere brauchen erstmal eine Pause. Das Jahr 2024 und der Beginn von 2025 waren schonungslos und haben vielen viel abverlangt.

Die Frage nach dem Sinn von »Widersetzen« bleibt. Ist es sinnvoll, so viel Energie in eine eintägige Aktion zu stecken? Wie zeigen wir, dass wir nicht nur gegen die AfD sind, sondern für eine befreite Gesellschaft jenseits des Kapitalismus kämpfen? Diese Fragen werden damals wie heute immer wieder diskutiert.

Eines ist klar: »Widersetzen« ist nicht die Lösung im Kampf gegen Rechts. Aber es ist ein Teil von Bewegungs- und Mobilisierungsaufbau. Wir üben und praktizieren zivilen Ungehorsam, um den Faschist*innen Raum zu nehmen. Wir schaffen Einstiege, holen Menschen in die Bewegung, um danach in Schulen, Betrieben, Unis und Nachbarschaften weiterzuarbeiten.

Nach »Widersetzen« geht es immer weiter. Nicht erst beim nächsten Parteitag, sondern im Alltag vor Ort. Lasst uns gemeinsam organisieren – für bezahlbare Mieten, für eine feministische Gesellschaft, für Frieden und für gelebten Antifaschismus.

**Wie zeigen wir,
dass wir nicht nur
gegen die AfD sind,
sondern für eine
befreite Gesellschaft
jenseits des Kapitalis-
mus kämpfen?**

Kapitel dreizehn

Wenn die Politik versagt, zählt Solidarität: »Wir alle sind das BgR Weimar!«

Von **Christine Schild** · Co-Sprecherin des Bündnisses gegen Rechtsextremismus (BgR) Weimar

DAS BÜNDNIS GEGEN Rechtsextremismus in Weimar ist eines der ältesten Thüringer Bürgerbündnisse. Jahrelang wurde es auch durch die Stadt finanziell unterstützt – bis 2026 in Zeiten rechter Hetze gegen die Zivilgesellschaft der Stadtrat die kontinuierliche Finanzierung einstellte.

Vorgeschichte

2000: »Uns reicht's!«, sagen viele Bürger*innen nach permanenten rechtsextremen Aufmärschen sowie brutalen Überfällen auf Menschen und alternative Projekte durch rechts-extreme Schlägertrupps in Weimar. Sie gründen das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) Weimar, organisieren Demos und Aufklärungsveranstaltungen.

BLITZLICHT: »Oktober 2004. Ich stehe inmitten hunderter Menschen bei der Aktion ›Nazis von der Straße zwiebeln‹, wir schlagen fröhlich mit Löffeln auf Kochtöpfe. Wir sind viele, wir glauben, dass sich rechtsextreme, menschenverachtende Ideen nicht noch einmal in Deutschland durchsetzen können. Mit den paar Nazis — gefährlich, aber dumm — werden wir schon fertig.« HANNES

2001–2006: Der vom Bund finanzierten »Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus« gelingt gemeinsam mit dem BgR eine Reihe erfolgreicher Aktionen gegen rechtsextreme Umtriebe.

BLITZLICHT: »November 2025. Wir beteiligen uns an einer Stolpersteinverlegung in der Weimarer Innenstadt. Der Verein ›Lernort Weimar‹, mit dem das BgR eng zusammenarbeitet, kümmert sich seit vielen Jahren um dieses wichtige Projekt zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Oberbürgermeister hält eine Rede und würdigt dabei auch die bedeutende Arbeit des BgR. So weit, so gut.« **CHRISTINE**

2006–2025: Die Stadt Weimar übernimmt eine Grundfinanzierung für die Arbeit des BgR. Plakate können gedruckt, Technik ausgeliehen werden, sogar ein Honorar für die Koordination der vielen Projekte und Veranstaltungen, die das BgR stemmt, ist drin. Wunderbar!

Der Betrag wird im Laufe der Jahre aufgestockt, die demokratische Mehrheit im Weimarer Stadtrat ist sich der Gefahr des aufsteigenden Rechtspopulismus bewusst und unterstützt

die Zivilgesellschaft nach Kräften. Wir schätzen das sehr, arbeiten konstruktiv mit der Stadt zusammen – auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind.

Vertrauensbruch

18. MÄRZ 2026: In seiner Haushaltsberatung streicht der Weimarer Stadtrat auf Antrag von CDU und »weimarwerk« mit den Stimmen des Oberbürgermeisters und der Rechtsaußen-Fraktion FBW die komplette finanzielle Unterstützung für das BgR.

Die bittere Erkenntnis: Die Stadtspitze entzieht nicht nur dem BgR ohne jegliche vorherige Kommunikation die Finanzierung, sondern – was uns noch tiefer trifft – kündigt damit

BLITZLICHT: »Mir fällt auf — die Weimarer AfD-Fraktion fordert schon seit Jahren die Streichung der Mittel für das BgR. Den Job haben CDU, »weimarwerk« und der Oberbürgermeister jetzt für sie gemacht. Glückwunsch.« ROBIN

eine jahrzehntelange konstruktive Zusammenarbeit auf. Ein Affront gegen die Weimarer Zivilgesellschaft und — Brandmauer gegen Rechtsextreme in Weimar *adé*.

So weit, so übel.

Solidarität

Nun aber folgt das Großartige, über das ich hier berichten möchte.

UNTERSTÜTZUNG DURCH

PARTEIEN: Schon vor dem Haushaltsbeschluss und auch danach erfahren wir große Unterstützung von Stadträt*innen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Linke und SPD. Sie versuchen eine Schadensbegrenzung; sprechen mit dem OB, mit den Fraktionen von CDU und »weimarwerk« — können jedoch schlussendlich den fatalen Beschluss nicht verhindern.

PROTESTSCHREIBEN: Zahlreiche Institutionen, Gruppen der Zivilgesellschaft, ganze Hausgemeinschaften und Einzelpersonen schreiben Briefe und E-Mails an die Stadtspitze, an die Fraktionen von CDU und »weimarwerk«.

Ein Beispiel: »[...] ich bitte Sie eindringlich: Stimmen Sie gegen die Streichung der Mittel für das BgR. Übernehmen Sie Verantwortung für eine offene, solidarische und demokratische Stadtgesellschaft. Weimar steht historisch wie kaum ein anderer Ort für die Bedeutung demokratischer Werte. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.«

DEMONSTRATION VOR DEM STADTRAT: Da uns die Nachricht über den bevorstehenden Entzug der Finanzierung erst zwei Tage vor der Haushaltssitzung erreicht, haben wir nicht viel Zeit, etwas auf die Beine zu stellen. Dennoch folgen

ca. vierhundertfünfzig Menschen unserem Aufruf zum Protest vor der Stadtratssitzung. Die Brassband TubaLibre spielt, der Weimarerer Kneipenchor findet sich zum Singen zusammen, in vielen Reden wird die Fassungslosigkeit über den Vertrauensbruch zum Ausdruck gebracht.

Kundgebung
am 18. März
2026 vor der
Haushaltssitzung
des Weimarer
Stadtrates

FOTO: KONSTANTIN SLUKA

BLITZLICHT: »Drei Frauen halten kleine Schilder, darauf u. a. »Wie würde Bertrand Herz heute abstimmen?« Ja, genau, denke ich, die Stadt Weimar verleiht den Überlebenden des KZ Buchenwald die Ehrenbürgerwürde und entzieht der Gruppe, die sich seit fünfundzwanzig Jahren gegen Rechtsextremismus engagiert, unangekündigt das Vertrauen — welche Doppelzüngigkeit!« BARBARA



Gefühlsdusche

Eine Zukunftswerkstatt des Sprecher*innenrates zwei Tage nach dem Stadtratsbeschluss war schon lange geplant. Wir wollten strategisch weiterdenken und neue Projekte anschieben.

BLITZLICHT: »Stattdessen finden wir uns plötzlich in einer völlig anderen Situation: fassungslos, erschöpft, wütend, traurig, aber auch euphorisch und unendlich dankbar über all die bisher erfahrene Unterstützung. Die Workshopleiterin bittet uns zu Beginn zu einer Übung: ›Sage über jede Person im Raum das, was du an ihr schätzt.‹ Wir erleben eine positive ›Gefühlsdusche‹ aus Wertschätzung und Zuneigung. Ich spüre: Darum geht es am Ende vor allem — sich gegenseitig Kraft zu schenken, das Wir zu behaupten, das stärker ist als alle Widerstände. #mehrwarmeduschenfüralle.« ELISA

Das liebe Geld

Die bisherige Unterstützung der Stadt Weimar half uns, kontinuierlich zu arbeiten; trotzdem wurde und wird ein Großteil der Projekte durch ehrenamtliche Arbeit gestemmt.

Jetzt starten wir einen Spendenaufruf über unseren Trägerverein und eine Crowdfunding-Kampagne, sammeln Spenden an Infoständen und bei Veranstaltungen. Die Resonanz ist überwältigend! Menschen nicht nur aus Weimar, sondern auch aus Erfurt, Jena, Bremen, Berlin oder Kiel unterstützen uns. Herzlichen Dank an alle! Die größte Einzelspende: 5.000 Euro — wow! Wir können vorerst die laufenden Kosten decken, müssen den beiden Personen, die mit wenigen Wochenstunden unsere Projekte koordinieren, nicht die Honorarverträge kündigen. Aber wie weiter? Wir schreiben Förderanträge, Ideen zur nachhaltigen Stabilisierung werden geboren — jetzt gilt es, sie umzusetzen.

Plenum

Wir versuchen, alles gleichzeitig zu machen: laufende Projekte weiterführen, Pressearbeit, Förderanträge stellen und all die vielen Fragen, die auf uns zukommen, beantworten. Aber zunächst laden wir eine Woche nach dem Stadtratsbeschluss zum offenen Plenum ein. Und wieder sind wir überwältigt vom großen Interesse der Weimarer Öffentlichkeit.

Es gibt eine erste Wortmeldung. Der Redner bedankt sich bei allen Engagierten, unter großem Beifall sein Schlusswort: *»Wir alle sind das BgR!«*

Es bleibt nicht beim Reden: Erste Ideen werden entworfen, Kontakte ausgetauscht. Auch beim zweiten Plenum geht es um die zukünftige gemeinsame Arbeit. Gruppen finden sich zusammen, vernetzen sich, nehmen Arbeitsaufträge mit. Aufbruchstimmung!

BLITZLICHT: *»Erstes großes Plenum nach der Streichung der Mittel. Eine ältere Dame fragte mich nach einem Platz. Ich schaute mich um — und denke: Oje, wie dumm, die Stühle reichen nicht! Und dann: Wie toll, einhundert Stühle reichen nicht! Wir finden dann noch einen guten Platz für die Dame, und es geht los. PATRICIA*

Ausblick

Es gilt nun noch, undurchsichtige Vorgänge in der Stadtverwaltung aufzuarbeiten; Gespräche mit der Stadtspitze, CDU und »weimarkwerk« sind geplant. Ausgang, zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels offen. Wir können uns nun hoffentlich wieder unserer eigentlichen Arbeit zuwenden: Die Kampagne »Mythos Neutralitätsgebot« fortführen, die nächste Radtour »Wider das Vergessen« planen, das Projekt »Klang der Stolpersteine« vorbereiten ...

Rechtsextreme Kräfte rütteln an den Grundfesten der Demokratie, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, die Bundesregierung plant, die Förderung für rund zweihundert Projekte

gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus auslaufen zu lassen. Aber eins ist klar: Wir machen weiter, jetzt erst recht!

Wir schöpfen unsere Kraft daraus, dass sich so viele Menschen nicht nur für das Image ihrer Stadt einsetzen, das durch den fatalen Stadtratsbeschluss gründlich beschädigt wurde. Sie kämpfen für ihr Selbstverständnis und ihre Vorstellung vom Zusammenleben.

Wir wollen in einer Welt, einem Land, einer Stadt leben, in der Solidarität und demokratisches Miteinander eine Selbstverständlichkeit sind, in der zivilgesellschaftliches Engagement nicht plattgemacht werden soll, in der die Opfer von Buchenwald nicht nur in Sonntagsreden geehrt werden, sondern ihr Vermächtnis gelebt wird.

Kapitel vierzehn

Fünfundzwanzig Jahre MOBIT, fünfunddreißig Jahre Ratschlag – von einem antifaschistischen Jubilar zum anderen

*Von **Karl Meyerbeer** · ist seit Ende der 1990er-Jahre
an der Organisation des Antifaschistischen und
antirassistischen Ratschlags Thüringen beteiligt*

MOBIT WIRD IM JAHR 2026 fünfundzwanzig Jahre alt, der Antifaschistische und antirassistische Ratschlag Thüringen fünfunddreißig. Es gibt einiges, das die beiden Jubilare verbindet, anderes, das sie trennt. Beide sind Teil des antifaschistischen Feldes, und für beider Entstehen war die Zusammenarbeit unterschiedlicher antifaschistischer Kräfte entscheidend. Und beide streiten sich miteinander und untereinander über die richtige antifaschistische Strategie.

Der Antifaschistische und antirassistische Ratschlag ist eine Tagung, die jährlich um den 9. November herum stattfindet. Beim Ratschlag kommen mittlerweile vier- bis fünfhundert Menschen zusammen und beschäftigen sich einen Tag lang damit, wie man die Nazis zurückdrängen und die gesellschaftlichen Ursachen für ihre Existenz begreifen und verändern kann. Das geschieht in Workshops und Vorträgen, gerahmt von einem Mahngang und einem Kulturprogramm. Es geht also nicht nur ums rationale Verstehen, sondern auch um einen künstlerischen Zugang zum Thema und das gemeinsame In-Bewegung-Kommen. Der Ratschlag ist damit die

größte antifaschistische Bildungsveranstaltung in Thüringen – schon das ist ein Grund, wieso MOBIT dazugehört.

Der Ratschlag war bis in die 2000er-Jahre hinein vor allem das Projekt linker Gewerkschafter*innen. Bei den ersten Ratschlägen, an denen ich teilgenommen habe (zweite Hälfte der 1990er-Jahre) waren bei der Vorbereitung Einzelpersonen aus der PDS dabei, linke Pfarrer und Student*innen, ein alter anarchistischer Theoretiker, natürlich junge Antifas im Szene-Outfit, vor allem aber Haupt- und Ehrenamtliche aus Gewerkschaften. Der Teilnehmer*innenkreis des Ratschlags war breiter. Ich erinnere mich, dass Ende der 1990er sogar ein CDU-Bürgermeister auf dem Auftakt-Podium gesprochen hat – weil er sich offen und entschieden gegen die Nazis in seiner Stadt engagiert hatte. Das war aber eine Ausnahme.

»Wer in Thüringen das Grundgesetz zitiert, gilt als linksradikal«, so hat es eine Genossin damals auf den Punkt gebracht.

Normal war in Thüringen, Antifa als Schmuddelthema zu sehen und sich davon abzugrenzen. Bis in die späten 1990er-Jahre wurde bis in die PDS und die Grünen hinein der offene Rassismus der Mehrheitsbevölkerung und die Straßendominanz der Nazis eher

geleugnet, als etwas dagegen zu tun. »Wer in Thüringen das Grundgesetz zitiert, gilt als linksradikal«, so hat es eine Genossin damals auf den Punkt gebracht. Entsprechend tauchten der Ratschlag und seine Organisator*innen regelmäßig in den halböffentlichen Monatsberichten des Thüringer Verfassungsschutzes auf – an erster Stelle der damalige Vorsitzende der – mittlerweile in ver.di aufgegangenen – Gewerkschaft Handel-Banken und Versicherungen (HBV) Angelo Lucifero, der Flüchtlingsrat Thüringen und das DGB-Bildungswerk Thüringen.

Schaut man sich aus heutiger Sicht das damalige Programm an, ist man überrascht, wie sehr der Ratschlag in den 1990er-Jahren bereits erkannt hat, auf welchem Terrain die gesellschaftliche Rechte ihre Dominanz ausbaut. Noch deutlicher als heute ging es darum, Nationalismus zu entzaubern und den Zusammenhang von Rechtsruck und Sozialer

Frage zu begreifen. Beim Ratschlag hat man gelernt, dass neoliberale Politik, Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus zusammenhängen: Alle vier zielen darauf, dass der Stärkere sich durchsetzt und sich auch durchsetzen soll. Alle vier sind Reaktionen auf die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Gegen alle vier hilft Solidarität. Beim Ratschlag haben junge Radikale aus Schule und Uni, Geflüchtete aus dem Lager und Arbeiter*innen aus dem Betrieb etwas über die Lage der jeweils anderen gelernt. Das fördert Solidarität und das machte den besonderen Reiz des Ratschlags aus.

Organisatorisch getragen wurde der Ratschlag von der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus, die auch über die Ratschlag-Vorbereitung hinaus antifaschistische Politik in Thüringen koordiniert hat – zum Beispiel die bundesweiten antifaschistischen Demonstrationen in Saalfeld 1997 und

1998. Auch diese waren Anlass für Abgrenzung: Den Gewerkschaften GEW, GdP und öTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, auch mittlerweile in VER.DI aufgegangen), aber auch vielen Saalfelder Lokalpolitiker*innen ging die Klarheit, mit der die rechte Dominanz benannt wurde (der »rechte Konsens«, wie es im Aufruf hieß), zu weit.

So war es also Anfang der 2000er in Thüringen: Wer aus dem Grundgesetz zitierte, war linksradikal. Wer sich gegen den rechten Konsens stellen wollte, musste zusammenarbeiten. Die Mehrheit sowohl der Bevölkerung als auch der Politik

Die Mehrheit sowohl der Bevölkerung als auch der Politik war gegen den Antifaschismus. Das hat sich seit der Gründung von MOBIL im Jahr 2001 geändert.

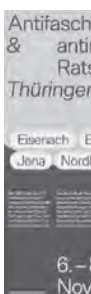
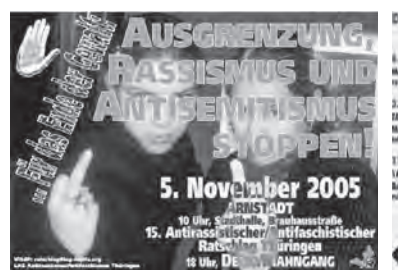
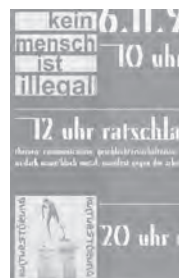
FOLGENDE DOPPELSEITE: Die Projektgruppe »Druck machen« beim Thüringer Bildungskollektiv Biko sammelt Plakate von emanzipatorischen Bewegungen, wie zum Beispiel dem Ratschlag in Thüringen. Sie interessieren sowohl Gestaltungsgesichtspunkte wie auch die Dokumentation der ganzen Breite von linkem Protest und Widerstand in Thüringen.

SCREENSHOT: [HTTPS://DRUCKMACHEN.ARRANCA.DE/](https://druckmachen.arranca.de/)

Antifaschistischer
& antirassistischer
Ratschlag
Thüringen 2020

Antifaschistischer
& antirassistischer
Ratschlag
Thüringen 2020

Antifaschistischer
& antirassistischer
Ratschlag
Thüringen 2020



Parlament gegen Rechts

9 Uhr Demonstration
im Bundestag, Schanzenstr. 140 in Bonn
11 Uhr Parlament gegen Rechts
Einfahrt, Haus der Gewerkschaften, Jungfernstieg 150

**Hinsehen statt Wegsehen!
Handeln statt Beschweigen!**

3. November In Gera

Einladung
Gemeinschaft
Kartierung
Spielzeit

17. Ratschlag

09.11.2007

10.11.2007

17. Ratsschlag

„Welterbe Lokal“

Welterbe, Welterbe, Welterbe!

Welterbe, Welterbe, Welterbe!

IM 20. JAHR NACH DER BEFREIUNG

**Der Sieg
muss
unser
sein!**

VERBODEN
DIESE
SCHILD
ZU
NUTZEN
FÜR
POLITISCHE
ZWECKE



**25. ANNIVERSÄRUM DER ANTI-FASCHISTISCHEN
DEUTSCHEN KAMPFGRUPPE
6.-7. NOVEMBER 2015 IN WEIMAR**

WIR WERDEN SIEBEN TAGE LANG VON 12 UHR BIS 18 UHR
TÄGLICH VON 12 UHR BIS 18 UHR

4. bis 5.11.2022
Gera
ratschlag-thueringen.de

**ANTIFASCHISTISCHER
UND ANTI-RASSISTISCHER
RATSCHLAG THÜRINGEN**

9

war gegen den Antifaschismus. Das hat sich seit Gründung von MOBIT im Jahr 2001 geändert.

MOBIT ist aus der politischen Konstellation des Jahres 2000 entstanden. Nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge forderte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einen »Aufstand der Anständigen«. Befeuert durch die rassistischen Kampagnen von Politik und Medien in den 1990er-Jahren hatte sich zu dieser Zeit eine stabile Nazi-Szene mit einem bewaffneten Arm gebildet, und die Regierung hat entschieden, diese zurückzudrängen. Die antifaschistische Bewegung hat dieses Gelegenheitsfenster genutzt, um einen Teil ihrer Anliegen zu institutionalisieren: Durch bundesweit aufgelegte Förderprogramme ist es gelungen, bezahlte Stellen für Opferberatung und mobile Beratung gegen Rechtsextremismus zu schaffen.

Nun wirkt Institutionalisierung immer ambivalent. Positiv zu verbuchen ist, dass eine dauerhafte Finanzierung Kontinuität und Professionalisierung ermöglicht – der oben genannte CDU-Bürgermeister müsste sich heute mit seinem Anliegen nicht mehr an eine schwer greifbare LAG Antifa/Antira wenden, sondern hat mit MOBIT einen professionellen Ansprechpartner. Natürlich geht es bei der Institutionalisierung einer Bewegung gleichzeitig auch darum, die allzu sperrigen Teile abzuschleifen: Der Teil des antifaschistischen Engagements, der darauf zielt, die gesellschaftlichen Ursachen des Nazismus

Der Ratschlag war von Beginn an ein Forum, bei dem die damit einhergehenden Konflikte geführt wurden.

zu begreifen und zu bekämpfen, passt nicht gut in staatlich geförderte Institutionen. Ebenso wenig derjenige, der sich militant gegen die Bedrohung von Rechts zur Wehr setzt. Das gilt ganz besonders in Thüringen, wo es in den 1990er-Jahren ganz offensichtliche Verflechtungen von extremer Rechter und Landesbehörden gab. Die Gründung

solcher Projekte im Jahr 2001 war also gleichzeitig ein antifaschistischer Raumgewinn wie auch ein Versuch, ein allzu quirliges Feld stärker unter politische Kontrolle zu kriegen. Der Ratschlag war von Beginn an ein Forum, bei dem die

damit einhergehenden Konflikte geführt wurden. Schon der »Aufstand der Anständigen« wurde 2000 kritisch diskutiert und gefragt, wo denn der »Aufstand der Zuständigen« bleibe, also danach, wann die Thüringer Behörden endlich damit anfangen, die Nazis zu bekämpfen, statt sie zu fördern. Die Frage verweist auf das Dilemma, das Eintreten gegen Rechts von denjenigen zu erwarten, die jahrelang kein Problem mit Nazis hatten – Staat und Behörden. Dass das ein Stück weit gelungen ist, ist auch Akteur*innen wie MOBIT zu verdanken. Wobei man natürlich immer wieder diskutieren muss, welche Kompromisse dafür nötig waren und sind. (Immer diese Widersprüche ...)

Immer wieder widmet sich der Ratschlag diesen Widersprüchen. Nicht selten haben sich die verschiedenen Spektren beim Ratschlag auf dem Podium oder im Workshop gegenseitig vorgeworfen, »Staats-

antifa« oder realitätsfern zu sein, während man gleichzeitig den Tag ganz pragmatisch gemeinsam vorbereitet und begangen hat. Denn das, wofür der Ratschlag in seiner Entstehung stand, war diese Gemeinsamkeit: ein Antifaschismus, bei dem man über politische Spektren hinweg versucht, die Lage zu begreifen und Strategien zu finden. Ich denke, das ernsthafte Ringen um gemeinsame Analysen und das Zusammen-Denken von Antifaschismus und sozialer Frage haben in den letzten Jahren abgenommen, unter anderem, weil die gewerkschaftliche Beteiligung zurückgegangen ist und sich immer mehr auf organisatorische Fragen begrenzt. Trotzdem bietet der Ratschlag weiter den Raum, uns gegenseitig zur Frage zu beraten, wie der Faschismus begriffen und gemeinsam zurückgedrängt werden kann. Das geschieht auch nach fünf- unddreißig Jahren in einer Breite, die es in den anderen Bundesländern kaum gibt – obwohl es viele Kräfte gibt, denen gerade diese Zusammenarbeit ein Dorn im Auge ist. Denn die spektrenübergreifende Zusammenarbeit ist ein wichtiges Korrektiv dagegen, den institutionalisierten Antifaschismus

Ein Antifaschismus, bei dem man über politische Spektren hinweg versucht, die Lage zu begreifen und Strategien zu finden.

von seinen Wurzeln in der Bewegung zu trennen. Der Ratschlag ist dafür da, immer wieder daran zu erinnern, dass ein oberflächliches Eintreten gegen die krassesten Auswüchse der Faschisierung bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Ursachen das Problem auf Dauer nicht lösen kann: »Wer [...] vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« Dieses Zitat fällt wohl auf jedem Ratschlag mindestens einmal.

MOBIT führt entsprechende Diskussionen mit und ist seit der Gründung verlässlich beim Ratschlag dabei. Die Berater*innen leben tapfer damit, sowohl aus der Bewegung als »Staatsantifa« gescholten als auch von der politischen Rechten für die Zusammenarbeit mit Radikalen beschimpft zu

MOBIT lebt tapfer damit, sowohl aus der Bewegung als »Staatsantifa« gescholten als auch von der politischen Rechten für die Zusammenarbeit mit Radikalen beschimpft zu werden.

werden – von der gesellschaftlichen Rechten, die gerne dahin zurück will, dass der Antifaschismus ein Schmutzelthema ist, mit dem man sich besser gar nicht beschäftigt.

Dafür, diese Widersprüche auszuhalten, dem Streit nicht auszuweichen, sondern ihn auf verschiedenen Ebenen zu führen, möchte ich MOBIT danken, gratuliere ganz herzlich zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen und freue mich auf fünfundzwanzig weitere Jahre gemeinsame Ratschlag-Vorbereitung.

Karl Meyerbeer ist seit Mitte der 1990er-Jahre in verschiedenen unbedeutenden linksradikalen Kleingruppen in Thüringen aktiv und war 1997 zum ersten Mal beim Ratschlag.

HERAUSGEBER*IN

Mobile Beratung für Demokratie
gegen Rechtsextremismus (MOBIT) e.V.

LEKTORAT: Katja Völker

GESTALTUNG UND SATZ:

Uwe Adler (Weimar/Berlin)
unter Verwendung der Schriften
RePublic (Suitcase Type Foundry)
und der Futura 100 (TypeTogether)

ABBILDUNGEN:

Wenn nicht anders angegeben,
dann liegen die Bildrechte
bei den jeweiligen Autor*innen.

Dieses Buch wurde in Thüringen
gedruckt und gebunden.

In diesem Buch blicken antifaschistische Aktivist*innen auf ein Vierteljahrhundert zivilgesellschaftliches Engagement zurück. Es geht um die Verteidigung demokratischer Räume, um Selbstermächtigung, um das Schaffen zivilgesellschaftlicher Bündnisse und darum, Strukturen zu etablieren, die (Frei-)Räume für nicht-rechte Kultur eröffnen. Dargestellt werden unterschiedliche Herausforderungen zu verschiedenen Zeiten, aber eben auch die Notwendigkeit, liberale, egalitäre und progressive Werte mit demokratischem Engagement dauerhaft zu verteidigen — vierzehn persönliche Perspektiven aus Thüringen im Kampf gegen Rechts. → **MOBIT.ORG**